



Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

THEMA JUGEND

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSCHUTZ UND ERZIEHUNG

■■■■■ **ARMUT**



**Gestiegene
Benachteiligung
durch Coronakrise**

Zerissene Jugend

**Protektive Ressourcen
und Präventionsketten**



INHALT

THEMA

Reiches Land – arme Kinder

Wie Chancengerechtigkeit durch die Coronakrise weiter gestiegen ist

Margherita Zander

3

Vier Jahre Zeit, um Kinderarmut endgültig zu beseitigen!

Gemeinsame Erklärung mit Forderungen an die Bundesregierung

Ratschlag Kinderarmut

7

Die zerrissene Jugend

Folgen der Covid-19-Pandemie für (benachteiligte) Minderjährige

Carolin Butterwegge / Christoph Butterwegge

9

Die Rolle von sozialem Kapital in der Gesundheitsentwicklung von Kindern

Protektive Ressource unabhängig vom sozioökonomischen Status

Andreas Klocke

12

Wie Kommunen in NRW den möglichen Folgen von Kinder- und Jugendarmut frühzeitig begegnen

Präventionsketten mit Sensibilität für komplexe Lebenslagen fördern Teilhabechancen

Alexander Mavroudis

15

MATERIAL ZUM THEMA

KOMMENTAR

Nicht allein in der digitalen Welt

Lea Kohlmeyer

20

BÜCHER & ARBEITSHILFEN

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft u. a.:

Handreichung „Diskriminierung als Alltagsphänomen“

21

Aktion Jugendschutz Bayern e.V.:

Methodenbox „Was geht – Spiel meines Lebens“

21

Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut u. a.:

Queerer Erstberatungskoffer online“

21

INFORMATIONEN

IN EIGENER SACHE

24

VORWORT



Liebe Leserinnen und Leser,

„Kinder warten nicht mit dem Aufwachsen. Jeder Tag, an dem nichts für sie geschieht, ist ein verlorener Tag“, betonte der Kinder- und Jugendmediziner Dr. Ulrich Fegeler im Rahmen des 6. Ruhrgebietskongresses zur Kinder- und Jugendgesundheit im März 2021. Dass Kinder und Jugendliche mit ihren Bedarfen und Ansprüchen in der Pandemie zu wenig beachtet wurden, haben Fachpersonen aus verschiedenen Disziplinen – und Heranwachsende selbst – inzwischen umfangreich dargestellt. Die Folgen der Coronakrise sind für junge Menschen, die bereits vorher unter ungünstigen Bedingungen aufgewachsen sind, besonders gravierend: Von Armut betroffene Kinder und Jugendliche erleben eine Verschärfung von materiellem Mangel, von vielfacher Benachteiligung und fehlenden Teilhabechancen.

Die Beiträge der vorliegenden Ausgabe der **THEMA JUGEND** machen (versteckte) Armut Heranwachsender sichtbar, analysieren die Situation von jungen Menschen und ihren Familien in Armutslagen und stellen die Herausforderungen des Aufwachsens in einer „Dauerkrise Armut“ dar. Aufgezeigt wird u. a., dass Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe für Kinder und Jugendliche oftmals von der sozialen Herkunft abhängig sind und welche Bedingungen Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit entgegenwirken können. Die in den Beiträgen dargestellte Förderung von Teilhabechancen und protektiven Ressourcen für junge Menschen braucht als Grundlage auch eine umfassende finanzielle Absicherung.

Mit dem längerfristigen Projekt der Einführung einer Kindergrundsicherung will die Bundesregierung Kinder- und Jugendarmut nachhaltig überwinden; über die Höhe des zum Juli eingeführten Sofortzuschlags zur Überbrückung für etwa 2,7 Millionen betroffene Heranwachsende wurde intensiv diskutiert. Vor dem Hintergrund einer breiten von Gesellschaft und Politik wahrgenommenen Dringlichkeit der Beseitigung von Armut formuliert ein Beitrag Forderungen, deren Umsetzung Chancengerechtigkeit für alle jungen Menschen strukturell verankert und gelingendes Aufwachsen begünstigt.

Aktuell stellt der Krieg in der Ukraine eine massive Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention dar; in vielfältiger Weise sind auch Heranwachsende in Deutschland davon betroffen. Die vorliegende Ausgabe der **THEMA JUGEND** nimmt darauf Bezug durch die Veröffentlichung von Materialien und Informationen zum Umgang mit dem Thema „Krieg und Frieden“ mit Kindern und Jugendlichen. Berücksichtigt werden dabei junge Menschen, Bezugspersonen und pädagogische Fachkräfte als Zielgruppen.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen mit herzlichen Grüßen aus der Redaktion

Lea Kohlmeyer
Dr. Lea Kohlmeyer

Margherita Zander

Reiches Land – arme Kinder

Wie Chancengerechtigkeit durch die Coronakrise weiter gestiegen ist

Die Bedarfe und Lebenssituationen junger Menschen wurden in der Pandemiesituation vielfach übersehen. Insbesondere armutsgefährdete oder in Armut lebende Kinder und Jugendliche erfahren leidvoll die Auswirkungen der Krise.

Der Beitrag ordnet konkrete Beispiele armutsbetroffener Familien in die allgemeine Lage ein, wirft einen kritischen Blick auf die Schulpolitik während der Pandemie und plädiert für Hilfsangebote und eine tatsächlich bedarfsdeckende Absicherung finanzschwacher Familien, damit Perspektiven eines Ausstiegs aus der Armut und ein gutes Aufwachsen für alle jungen Menschen ermöglicht werden.

▶ Weltweit hat die Armut von Kindern – nach Auskunft von UNICEF – in der Coronakrise um etwa 100 Millionen zugenommen. Innerhalb von zwei Jahren sei damit die Zahl der von Armut betroffenen Kinder um 10 % gestiegen, auf 1,1 Milliarden: Das sind Kinder, die keinen ausreichenden „Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Unterkünften, Ernährung, sanitären Anlagen oder sauberem Wasser“ haben (Tagesschau 09.12.2021). Eine solche Krise habe es in den 75 Jahren seit Bestehen von UNICEF noch nicht gegeben.

Bisher war es in Beiträgen über Kinderarmut üblich, zu betonen, dass es „arme Kinder“ auch im wohlhabenden Deutschland gibt, dass es sich dabei jedoch nicht um absolute, sondern um relative Armut handelt, also um Armut auf einem unserem Lebensstandard angepassten Niveau. Doch erst mit einem weltweiten Blick erfasst man die wahre Wucht dieser Katastrophe. Die UNICEF-Chefin Henrietta Fore kommentiert die missliche Lage mit den Worten: „Während die Zahl der Kinder, die hungern, nicht zur Schule gehen, missbraucht werden, in Armut leben oder zwangsverheiratet werden, steigt, sinkt die Zahl der Kinder, die Zugang zu medizinischer Versorgung, Impfstoffen, ausreichender Nahrung und wichtigen Dienstleistungen haben“ (Tagesschau 09.12.2021).

Armutslagen von Kindern in Deutschland

Nun wissen wir, dass als Armutsbetroffene in der Bundesrepublik in der Regel Menschen im SGB-II- oder SGB-XII-Bezug gelten und dass man als armutsgefährdete Haushalte solche mit weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens bezeichnet. Kinder und Jugendliche, die in diesen Familien leben, sind demzufolge arm oder armutsbedroht. Konkret: Für den Juni 2021 wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen im SGB-II-Bezug mit 1,8 Millionen angegeben und ist somit seit Ende 2020 nicht nachweisbar gestiegen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2020 u. 2021). Dies dürfte weitgehend auf die mit den Sozialpaketen I, II und III verfolgte Strategie zurückzuführen sein, bei Menschen mit Einbußen im unteren Einkommensbereich durch erleichterten Zugang zu Kinderzuschlag und den Kinderbonus die Zahl der auf



SGB II-Leistungen Angewiesenen nicht weiter ansteigen zu lassen. Verloren haben in der durch Corona auf dem Arbeitsmarkt ausgelösten Krise nämlich vor allem jene Gruppen, die per se als besonders armutsgefährdet gelten: Alleinerziehende, Menschen im Niedriglohnbezug und Menschen mit Migrationsgeschichte; hinzu kommen nun auch die kleinen Selbstständigen (vgl. Der Paritätische Gesamtverband 2021). Außerdem werden vor allem für 2020 sehr hohe Zahlen von Kurzarbeit ausgewiesen, mit entsprechenden Einkommensverlusten, die sich vor allem im unteren Einkommenssegment bitter bemerkbar machen. Völlig vergessen in der öffentlichen Debatte wurden offenkundig Asylbewerber:innen und deren Familien. Man war wohl bemüht, in Asylunterkünften Informationen in mehreren Sprachen zu verteilen. Wie sich Corona jedoch konkret im Alltag von Flüchtlingsheimen ausgebreitet hat, war medial kein Thema.

Verfestigung von Armutssituationen und unzureichende Absicherung

Zwar haben die staatlichen Hilfen etliche Familien knapp über das SGB II-Niveau gehoben; dieser Umstand konnte jedoch nicht verhindern, dass die Zahl derjenigen am Rande des Existenzminimums, die mit sehr knappen finanziellen Mitteln auskommen müssen, zugenommen hat. Es ist also anzunehmen, dass auch



bei uns die Zahl von armen und armutsbedrohten Kindern während der Pandemie gestiegen ist. Eine neuere Untersuchung der Bertelsmann Stiftung hat bereits für 2019 einen Höchststand der unter die Armutsgefährdungsschwelle fallenden Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren mit 2,8 Millionen beziffert. Das heißt: Ein Fünftel dieser Altersgruppe lebt in prekären Verhältnissen (vgl. Lietzmann / Wenzig 2020). Besonders besorgniserregend ist dabei, dass sich Armutssituationen in den letzten Jahren verfestigt haben und sich damit nicht nur die Notlage der Familien verschlimmert, sondern auch die Perspektive eines Ausstiegs aus der Armut für viele verflüchtigt hat.

Hinzu kommt, dass sich die finanzielle Lage dieser Familien in den beiden Jahren der Pandemie auch wegen der erfolgten Preissteigerungen noch verschlechtert hat: In dieser Zeitspanne sind die Preise für Obst und Gemüse, aber auch für Fleisch, Milch und Butter empfindlich gestiegen. Außerdem trifft die Preiserhöhung vor allem auch Lebensmittel bei Discountern, also jenen Supermärkten, die gerne von finanzschwachen Haushalten frequentiert werden. Bei Haushaltsenergie wie Strom, Gas, Heizöl und anderen Brennstoffen muss man sogar mit außergewöhnlich hohen Steigerungen rechnen, die selbst durch die angehobene Energiekostenpauschale für Hartz-IV-Haushalte nicht aufgefangen werden. Die mehr als „sparsamen“ Anhebungen der Regelsätze, so beispielsweise ab 1. Februar 2022 für Erwachsene und Jugendliche um 3 Euro, für die Jüngsten nur um 2 Euro, sowie die Einmalzahlungen eines Bonus von 150 Euro (für Coronatests, Schutzmasken oder Desinfektionsmittel) können den real gestiegenen Bedarf dieser Familien keineswegs kompensieren. Ohnehin herrscht dort in den Haushaltskassen in der zweiten Monatshälfte und besonders am Monatsende regelmäßig Ebbe – Leidtragende sind auch die Kinder. Dazu fiel in Zeiten des Lockdowns auch das warme Mittagessen in der Kita oder die kostenlose Schulspeisung für bedürftige Kinder weg, wofür zunächst jeglicher Ausgleich fehlte. Dass diese Leistung im Verlauf der Pandemie in ein Mittagessen „to go“ umgewandelt wurde, dürfte nicht flächendeckend funktioniert haben und wird zudem wohl teilweise als diskriminierend empfunden (vgl. auch Nationale Armutskonferenz 18.05.2020).

Gewiss gab es in diesen beiden Jahren auch Sonderleistungen, so etwa die Einmalzahlungen von 150 Euro oder die 350-Euro-Pauschale für die Ausstattung von schulpflichtigen Kindern mit internetfähigen Laptops oder Tablets, Druckern und sonstigem Bedarf, um ihnen die Teilnahme am Homeschooling zu ermöglichen. Nicht zu vergessen die 300 Euro, die allerdings jeder Haushalt mit Kindern 2020 und 2021 für Freizeitaktivitäten erhielt.

Auch haben Menschen im Grundsicherungsbezug Gutscheine für FFP 2-Masken bekommen, einen Bonus, der aber in Familien mit mehreren Kindern keineswegs den Bedarf abdeckte. All das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ärmsten der Armen in dieser Zeit noch einmal mehr abgehängt wurden. Darauf reagierten auch mehrere Sozialverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit der Forderung nach Anhebung der Regelsätze von derzeit 446 auf 600 Euro für Erwachsene sowie nach einem pauschalen Mehrbedarf von 100 Euro in Pandemiezeiten (vgl. Bertram 2021). Die zynische Bemerkung des Chefs der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, wer sorglos leben möchte, der müsse „sich berappeln und möglichst gut entlohnte Arbeit finden“ (dpa 14.04.2021), dürfte für die Betroffenen wie Hohn klingen. Die angemessene Höhe einer Kindergrundsicherung für Kinder in bedürftigen Familien sollte sich – nach den Berechnungen vom Bündnis für Kindergrundsicherung – auf 695 Euro belaufen. Eine Kindergrundsicherung soll nun laut Koalitionsvertrag eingeführt werden, was ein Fortschritt wäre. Allerdings kommt es dabei sehr auf die Details der Regelung an und insbesondere auf die Höhe des Grundbetrags, der bedürftigen Kindern zur Verfügung stehen würde.

Auswirkungen der Schutzmaßnahmen auf Heranwachsende

Die Pandemiebeschränkungen haben ohne Zweifel alle Kinder und Jugendlichen schwer getroffen, sie auch in ihrer Entwicklung gehemmt. Je länger die Coronakrise andauert und je einschneidender die Maßnahmen sind, umso größer ist die Gefahr psychosozialer Folgen, gerade auch in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen. Aber es steht außer Frage, dass die negativen Auswirkungen für die ohnehin sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen noch schwerwiegender ausfallen: „Die Lebensqualität und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat sich in Deutschland im Verlauf der Coronapandemie weiter verschlechtert. Fast jedes dritte Kind leidet ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten. Sorgen und Ängste haben noch einmal zugenommen, auch depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden sind verstärkt zu beobachten. Erneut sind vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund betroffen“ – so die Quintessenz der zweiten Befragungsrunde im Rahmen der Hamburger Copsy-Studie (10.02.2021). Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kommt auch eine Studie der Österreichischen Armutskonferenz im Auftrag des dortigen Sozialministeriums, die in der zweiten Befragungswelle Ende Mai 2021 die soziale Lage von Armutsbetroffenen und Armutsgefährdeten untersucht hat (vgl. Armutsbetroffene und die Corona-Krise 2.0).

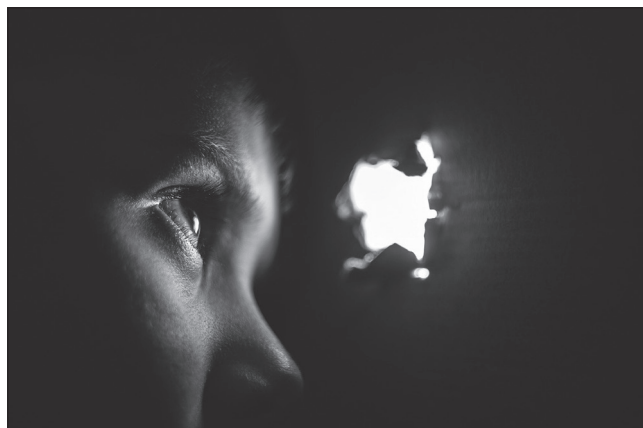
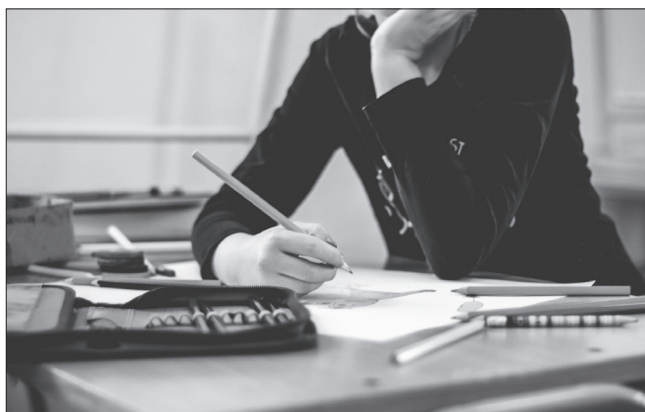
Um mir ein konkreteres Bild von der Lage zu machen, habe ich ergänzend einige Interviews mit Betroffenen geführt, auch mit dem Rektor einer Realschule sowie mit Schulsozialarbeiter:innen an Real- und Hauptschulen. Will man die Auswirkungen der Coronapandemie auf arme und armutsgefährdete Kinder nachvollziehen, so muss man zwischen einer ersten Phase mit den Lockdowns und der darauffolgenden, in der Kindertagesstätten und Schulen weitgehend wieder geöffnet waren, unterscheiden. Aktuell scheint es eine neue Phase zu geben, was die Coronapolitik an den Schulen betrifft. Da ist – bei erschreckend hohen Corona-

inzidenzen in dieser Altersgruppe – von einer Durchseuchungspolitik die Rede, wie ein offener Brief von Schüler:innen an die Bildungsministerien und das Bundesgesundheitsministerium beklagt (vgl. Frankfurter Rundschau 04.02.2022). Bekanntlich sind beispielsweise Lüftungsgeräte nach zwei Jahren Pandemie immer noch nicht flächendeckend installiert. Der Verdacht, dass die Politik den Präsenzunterricht nur um den Preis einer Durchseuchung der Schulen durchsetzen kann, stimmt mehr als bedenklich. Der offene Brief hat auch von den Lehrgewerkschaften Unterstützung bekommen, die diese Befürchtung ebenfalls teilen. Aber kehren wir zu den ersten beiden Phasen zurück.

Schule unter Pandemiebedingungen

In der ersten Phase der Pandemie (März bis Mitte Mai und im September 2020) stand vor allem die technische Ausstattung von Kindern im Vordergrund, denn nur wenn alle Kinder über Tablets oder Laptops, Drucker und einen internetfähigen Zugang verfügten, konnten sie am Homeschooling teilnehmen. Es dauerte allerdings einige Zeit, bis die Anschaffung dieser Geräte für Kinder im SGB-II- und SGB-XII-Bezug durchgesetzt wurde. Nicht alle Schulen waren in der Lage, benachteiligte Kinder mit Leihgeräten zu versorgen. Und wenn das glücklicherweise der Fall war – wie in einer Hauptschule in Münster –, dann konnte die Schülerschaft erst nach dem ersten Lockdown in die Handhabung der Geräte eingewiesen werden, so der dortige Schulsozialarbeiter. Ein weiteres Handicap, das vor allem sozial benachteiligte Haushalte betraf, waren die beengten Wohnverhältnisse. Selbstredend, dass den Kindern in diesen Familien der für Homeschooling nötige ruhige Arbeitsplatz fehlte, da ihnen in den wenigsten Fällen ein eigenes Kinderzimmer zur Verfügung steht. Davon abgesehen war klar, dass gerade in solchen Familien die Eltern eher nicht die bildungsmäßigen Ressourcen besitzen, um ihre Kinder beim Homeschooling zu unterstützen. Und dort, wo die Eltern ihren Kindern vielleicht doch unter die Arme greifen könnten, raubt ihnen die Organisation des Familienlebens zu Pandemiebedingungen dafür die Zeit. So berichtet der Rektor einer Realschule, die einen Anteil von Schüler:innen mit Migrationshintergrund von geschätzten 85 % hat, dass es erhebliche Schwierigkeiten gab, die Kinder online zum Lernen zu motivieren: „Zu Hause lernen hat bei vielen unserer Schüler hier nicht funktioniert, die haben wir bildungstechnisch verloren. Und für die Psyche mancher war es ganz schlimm ohne die soziale Einbindung in die Schule“ (Tagesschau 29.01.2022).

Ohnehin hätte es im Schulwesen gerade mit Blick auf Benachteiligte einen klugen Blick über den Tellerrand hinaus bedurft.



Dann wäre man vielleicht gleich zu Anfang von der strengen Jahrgangstaktung für eine Weile abgewichen, um allen Beteiligten erst einmal Zeit zu geben, sich auf die neue Lage einzustellen. Pandemie dauert und bedeutet Stress genug für alle! Leistungs- und Notendruck hätte man wesentlich gemildert, um erst allmählich zur „gewohnten Schule“ zurückzukehren. Die erste Phase der Coronapandemie hätte man genutzt, um zunächst diejenigen gezielt zu betreuen und zu fördern, die mit den neuen Lernbedingungen absehbar am schlechtesten zurechtkommen würden. Diejenigen, die es leichter haben, wären erst später stärker gefordert worden. Hauptsache hätte sein sollen, dass die Schere zwischen Besser- und Schlechtergestellten nicht noch weiter aufgeht, sondern sich gerade jetzt ein Stück weit schließt.

Familien in der Coronakrise: Vielfache und gesteigerte Herausforderungen

Nehmen wir den Fall einer Alleinerziehenden mit fünf Kindern im Alter von 5 bis 13 Jahren. Sicherlich kein typisches Beispiel, was die Zahl der Kinder betrifft; nur ein Zehntel der Alleinerziehenden hat drei oder mehr Kinder. Wohl aber typisch für die Familienform derer, die Grundsicherung beziehen: Jeder dritte Haushalt von Alleinerziehenden ist auf Hartz IV angewiesen. In dem herangezogenen Fall hat die Familie zwar das Glück, am Rande der Stadt zu wohnen, den Kindern steht ein Garten zur Verfügung, was für die meisten sozial Benachteiligten nicht zutreffen dürfte. Meist gibt es in diesen Wohnungen nicht einmal einen Balkon oder eine Terrasse. Lockdown bedeutet in diesen Fällen, zu mehreren Personen in einem zu knappen Wohnraum zusammengepfercht zu sein. Aber auch wenn in der beispielhaft herangezogenen Familie für jedes Kind ein kleines Zimmer zur Verfügung steht, so überschreitet die Wohnung nicht die zustehende Quadratmeterzahl von 120. Zudem muss man sich vorstellen, dass die Betreuung von vier Schulkindern unterschiedlicher Jahrgangsstufen im Homeschooling – das jüngste ist noch im Kindergartenalter – die Mutter tagsüber rund um die Uhr beansprucht hat. Für ihr eigenes Fernstudium blieben ihr nur die späten Abendstunden. Wie schon gesagt, haben wir es hier – trotz aller finanziellen Enge – mit einem „glücklichen“ Sonderfall zu tun. Mit anderen Worten: Was der Familie am meisten geholfen hat, kam nicht vom Staat, sondern war zufallsbedingt. Die Mutter verfügt hier nämlich über den nötigen Bildungshintergrund, um ihre Kinder schulisch fördern zu können. Was aber, wenn nicht? Versetzen wir uns in ein anderes meiner Beispiele: Eine Familie mit Migrationshintergrund in sehr beengten Wohnverhältnissen, in der weder die



Mutter noch der Vater in der Lage ist, die drei schulpflichtigen Kinder im Homeschooling zu unterstützen, in der zudem – angesichts der Wohn- und Lebensverhältnisse kaum verwunderlich – alle fünf Familienmitglieder an Covid-19 erkrankt waren, und das keineswegs nur leicht.

Benachteiligte Kinder gehören zu den Verlierern in der Pandemie

Des Weiteren dürfte sich für Kinder im Grundsicherungsbezug natürlich auch die Tatsache belastend ausgewirkt haben, dass die soziale Infrastruktur – wenigstens vorübergehend – zusammengebrochen ist, also kostenlose Freizeitangebote weggefallen sind. Auch der Einsatz von Sozialarbeit war in dieser Zeit auf ein Minimum reduziert: So berichtet ein Schulsozialarbeiter, dass während des Lockdowns die Kontakte mit den Familien meist nur telefonisch oder online erfolgen konnten. Auch die stadtteilbezogene Sozialarbeit und die sozialpädagogische Familienhilfe dürften hier mit Einschränkungen zu kämpfen gehabt haben. Jedenfalls war auch das für viele Familien zur Bewältigung des Alltags so nötige Hilfesystem durch die Beschränkungen im Lockdown aus der Routine geworfen.

Vor der Pandemie hatten wir eine siebenstelligen Zahl von arbeitsbetroffenen und -bedrohten Kindern. Trotz einiger staatlicher Hilfsprogramme sind es jetzt noch einige mehr. Ohnehin bildungsmäßig benachteiligt, dafür aber besonders auf Sozialkontakte angewiesen, gehören sie zu den Verlierern dieser Pandemie. Allmählich dämmert es der Politik, dass TUI und Lufthansa es leichter hatten, sich Gehör zu verschaffen, als die junge Generation. Aber was versäumt wurde, kann man im Leben oft nur schwer nachholen. Und wächst man in Armut auf, wird es noch mühsamer. Noch jede Pandemie hat – egal wo – die Ärmsten am härtesten getroffen. Das gilt leider auch wieder für unser ach so reiches Land und seine Jugend. ■

Literatur

Bertram, Sebastian: Aktion: Hartz IV Regelsatz auf 600 Euro anheben! 10.02.2021, <https://www.gegen-hartz.de/news/aktion-hartz-iv-regelsatz-auf-600-euro-anheben> (Stand 06.02.2022).

Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, Dezember 2020 und Juni 2021.

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Österreich): Armutsbetroffene und die Corona-Krise 2.0, August 2021. https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_erhebung_armutsbetroffene_corona-krise_2_2021.pdf (Stand 06.02.2022).

COPSY-Studie: Kinder und Jugendliche leiden psychisch weiterhin stark unter Corona-Pandemie, 10.2.2021. https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_104081.html (Stand 06.02.2022).

Der Paritätische Gesamtverband: Armut in der Pandemie. Der Paritätische Armutsbericht 2021. Berlin 2021. https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/broschuere_armutsbericht-2021_web.pdf (Stand 06.02.2022).

Deutsche Presseagentur (dpa): Diskussion um Hartz-IV-Regelsatz, 4.4.2021. <https://www.mz.de/deutschland-und-welt/deutschland/wer-sorgenlos-leben-moechte-der-muss-sich-berappeln-1754463> (Stand 06.02.2022).

Frankfurter Rundschau (FR): Offener Brief zeigt offene Wunden. 04.02.2022.

Lietzmann, Torsten / Wenzig, Claudia: Materielle Unterversorgung von Kindern. Gütersloh 2020. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/materielle-unterversorgung-von-kindern> (Stand 06.02.2022).

Nationale Armutskonferenz (nak): Nak zum Sozialschutz-Paket II: Die Ärmsten nicht vergessen! 18.5.2020. <https://www.nationale-armutskonferenz.de/2020/05/18/nak-zum-sozialschutz-paket-ii-die-aermsten-nicht-vergessen/> (Stand 06.02.2022).

Tagesschau (9.12.2021): 100 Millionen Kinder in Armut abgerutscht. <https://www.tagesschau.de/ausland/kinder-armut-101.html> (Stand 06.02.2022).

Tagesschau (29.1.2022): Stresstest Omikron. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/corona-schulen-kitas-101.html> (Stand 06.02.2022).



Prof. em. Dr. Margherita Zander ist Politikwissenschaftlerin und lehrte an den Fachhochschulen Jena und Münster. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte bilden Kinderarmut und Resilienz.

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

*„Ich hatte auch furchtbare Angst, in diesem irrsinnigen Leben stecken zu bleiben. Ich wusste damals nicht, dass es dafür einen Namen gibt: Kinderarmut. [...] Ich wusste nur, dass mein Leben nicht in Ordnung war. Jeden Tag in der Schule konnte ich sehen, wie meine Mitschüler*innen lebten. Die wenigsten von ihnen kamen aus besonders wohlhabenden Familien, aber sie führten ein normales Leben.“ (Jeremias, 20 Jahre)*

(aus: Jeremias Thiel: Kein Pausenbrot, keine Kindheit, keine Chance. Wie sich Armut in Deutschland anfühlt und was sich ändern muss. München 2021, S. 10.)

„In der Schule hatte ich 'mal eine Zeit, da sind sehr viele Blicke gefallen: dieser eine Scanblick von oben nach unten. Du guckst die Person an und die guckt dich an [...], und man sieht einfach: Sie ist auf einem höheren Stand aufgrund ihrer Kleidung. In der Schule habe ich mich oft ‚kleiner‘ gefühlt.“ (Pelin, Jugendliche)

(aus: Ose, Sofia: Bilder, die du nicht vergisst. In: Aufstehen. Eine Filmreihe über Jugendarmut. Hrsg. v. Medienprojekt Wuppertal, 2020.)

Ratschlag Kinderarmut

Vier Jahre Zeit, um Kinderarmut endgültig zu beseitigen!

Gemeinsame Erklärung mit Forderungen an die Bundesregierung

Kurz nach der Wahl des 20. Deutschen Bundestages im September 2021 veröffentlichten die Nationale Armutskonferenz, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen, Kinder-, Familien- und Wohlfahrtsverbände sowie Einzelpersonen eine Gemeinsame Erklärung¹, mit der sie die neue Bundesregierung auffordern, entschlossene Maßnahmen zur effektiven Beseitigung von Kinder- und Jugendarmut zu ergreifen. Die Forderung nach Unterstützung junger Menschen bei der Bewältigung der Pandemieauswirkungen sowie nach der Bekämpfung von Armut Heranwachsender erfahren, so das Bündnis Ratschlag Kinderarmut, in der Bevölkerung und parteiübergreifend breite Zustimmung und müssen in der aktuellen Legislaturperiode eine zentrale Rolle spielen.

▶ Jedes fünfte Kind und jede*r fünfte Jugendliche wächst in einem Haushalt auf, in dem Mangel zum Alltag gehört: Mangel an Geld sowie an sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Chancen. Armut grenzt aus, Armut macht krank. Diese Zusammenhänge sind seit Langem bekannt und wissenschaftlich erwiesen.

Reiche Eltern können für die Gesundheit ihrer Kinder 113 Euro im Monat ausgeben, arme Familien nur 11 Euro.



Die Politik ist nicht untätig: Vom Aufbau von Präventionsketten auf kommunaler Ebene über den Ausbau der Kindertagesbetreuung bis hin zum Starke-Familien-Gesetz wird versucht, Kinder und Jugendliche in ihrem Aufwachsen zu begleiten und ihre Startchancen und Teilhabemöglichkeiten zu verbessern. Wir, die unterzeichnenden Organisationen, stellen allerdings fest: Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus. Die Armut von Kindern und Jugendlichen stagniert auf hohem Niveau.

Die Coronapandemie führte zu weitreichenden Einschränkungen und Veränderungen im Leben der Menschen. Diejenigen, die ohnehin am stärksten strukturellen Benachteiligungen ausgesetzt waren, standen auch in dieser Krise unter keinem ausreichenden „Rettungsschirm“: Arme und armutsbedrohte Familien mussten den Wegfall von Leistungen für Bildung und Teilhabe, die den Kindern und Jugendlichen eigentlich zustehen, kompensieren. Sie blieben weitgehend auf sich alleine gestellt, als Schulen, Kitas und soziale Einrichtungen geschlossen waren. Die monetären Hilfen wie beispielsweise der Kinderbonus oder das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Krise hat strukturelle Benachteiligungen verstärkt und traf vor allem die Schwächsten.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, fordern den neu gewählten Bundestag und die neue Bundesregierung auf, Armut von Kindern und Jugendlichen nicht länger hinzunehmen. Wir sind uns darin einig, dass alles getan werden muss, damit alle Kinder gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Aufwachsen erfahren können. Dazu gehören der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, die Sicherstellung sozialer Infrastruktur, die intensive Begleitung von Kindern und Jugendlichen zurück in ihren Kita- und Schulalltag und die psycho-soziale Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf ein gutes Aufwachsen. Folgende Grundsätze sind dabei zentral:

Armut ist kein Versagen der*des Einzelnen

Die meisten Eltern wollen das Beste für ihre Kinder und sparen eher bei sich selbst, um den Geburtstagswunsch ihrer Kinder zu erfüllen oder den Sportverein zu bezahlen. Dennoch reicht das Geld häufig nicht aus, da Löhne zu niedrig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unzureichend unterstützt, Kinderbetreuung teilweise nicht bedarfsgerecht und kindbezogene Sozialleistungen nicht bedarfsdeckend sind. Arme Kinder und Jugendliche können deshalb vielfach nicht an den Angeboten teilhaben, die den meisten Gleichaltrigen selbstverständlich offenstehen. Den-

noch hält sich bei einigen Politiker*innen, Journalist*innen und Mitmenschen hartnäckig die Auffassung, dass arme Familien ihre Lage selbst verschulden und arme Eltern verantwortungslos handeln würden. Armen Jugendlichen wird beispielsweise oft individuelles Versagen unterstellt, wenn sie Herausforderungen auf ihrem Bildungsweg nicht problemlos meistern.

*Wir appellieren, Armut von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien gesellschaftlich und politisch als strukturelles Problem zu begreifen, entsprechend zu kommunizieren und zu handeln. Eltern, Kinder und Jugendliche müssen als Expert*innen in eigener Sache ernst genommen und bei der Entwicklung von Strategien beteiligt werden. Die Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen mit einer vorsorgenden und unterstützenden Sozialpolitik ist kein Verteilen von Almosen, denn jedes Kind hat ein Recht auf ein gutes Aufwachsen.*



Alle Kinder und Jugendlichen haben Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse

In Deutschland hat sich die sozioökonomische Ungleichheit in den vergangenen Jahren verfestigt. Die öffentliche und zivilgesellschaftliche Infrastruktur für Kinder und Jugendliche sowie deren Familien, z. B. Bildungs- und Kultureinrichtungen, Schwimmbäder oder öffentliche Bibliotheken sowie Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sind vielfach gerade dort am wenigsten ausgebaut, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Familienunterstützende Angebote wie die Familienbildung, -beratung und -erholung sind finanziell nicht genügend abgesichert. Die Bildung der Kinder und Jugendlichen ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und kann dazu führen, dass die soziale Benachteiligung nicht über Generationen hinweg fortgeschrieben wird. Hierzu sind Intensivierungen in der Bildungspolitik, gerade auch in der frühkindlichen Bildung, notwendig. Dieses gilt überall, denn die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ nach Artikel 72 (2) GG ist eine staatliche Verpflichtung.

Wir fordern von Bund, Ländern und Kommunen ein Gesamtkonzept, wie kommunale Infrastrukturangebote für Kinder und Jugendliche an den tatsächlichen Bedarf angepasst, verzahnt und solidarisch finanziert werden können, sodass sie allen offen stehen und für alle bezahlbar sind. Dazu gehören ausreichend bezahlbare Wohnungen, qualitativ hochwertige und armutssensible Angebote der Bildung, Betreuung, Erziehung und Begleitung, eine bedarfsorientierte,

integrierte Schul-, Gesundheits-, Sozial- und Jugendhilfeplanung, die Absicherung von Mobilität für alle und eine gute gesundheitliche Versorgung.

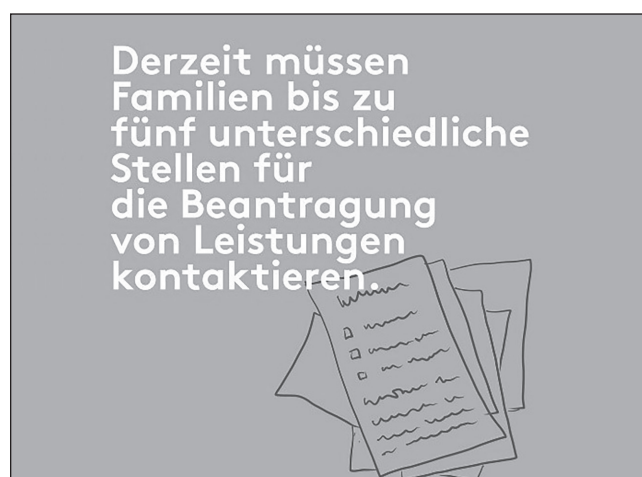
Jedes Kind ist gleich viel wert

Die Feststellung des Existenzminimums von Kindern und Jugendlichen ist für das Steuerrecht, aber auch für alle familienbezogenen und sozialen Leistungen von entscheidender Bedeutung. Willkürliche Abzüge oder Anrechnungen führen dazu, dass das Existenzminimum und damit die Auszahlungsbeträge unterschiedlich hoch ausfallen, abhängig davon, ob die Eltern für ihre Kinder neben dem Kindergeld Grundsicherung, Kinderzuschlag und/oder Unterhaltsvorschuss beziehen oder durch die Kinderfreibeträge ein zusätzliches Plus haben. Vor allem im Sozialrecht wird damit keine ausreichende gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet.

Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Ungleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen zu beenden! Bei der Ermittlung der Regelbedarfe für die Grundsicherungsleistungen bedarf es einer einheitlichen, transparenten, konsequent sach- und realitätsgerechten Ermittlung und Umsetzung des kindlichen Existenzminimums für alle Rechtsbereiche. Dieses Existenzminimum muss auskömmlich sein und Teilhabe für jene Kinder und Jugendlichen ermöglichen, deren Eltern sie nicht gewährleisten können. Dabei dürfen der Ausbau der Infrastruktur und die materielle Besserstellung nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dies sind zwei zentrale Säulen für ein gutes Aufwachsen.

Unterstützung muss dort ankommen, wo sie gebraucht wird

Zwar sind in der vergangenen Legislaturperiode einige Sozialleistungen wie der Kinderzuschlag etwas verbessert worden, an der Situation armer Kinder und Jugendlicher, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, hat das jedoch kaum etwas geändert. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist im Bereich des Grundsicherungsrechts grundsätzlich falsch angesiedelt. Trotz des aktuellen Versuchs, es zu vereinfachen, ist es unverändert bürokratisch, stigmatisierend und wird von vielen Familien nicht oder nur in Teilen genutzt. Wo die infrastrukturellen Voraussetzungen nicht vorhanden sind, können manche Leistungen, wie die zur sozialen und kulturellen Teilhabe, nicht abgerufen werden, sodass für diese Kinder das Existenzminimum nicht gedeckt ist.



Wir fordern, Angebote und Leistungen zur Unterstützung armer Kinder, Jugendlicher und Familien so auszugestalten, dass sie niedrigschwellig zur Verfügung stehen und von den Leistungsberechtigten leicht in Anspruch genommen werden können. Finanzielle Leistungen sollten unbürokratisch und möglichst automatisch an Anspruchsberechtigte ausbezahlt werden. Eine gute Armutspolitik misst sich nicht daran, ob sie Leistungen vorhält, sondern ob diese auch ankommen.

Wir fordern, dass die Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen in der 20. Legislaturperiode eine zentrale Rolle spielt. Allen Kindern und Jugendlichen muss ein gutes Aufwachsen möglich sein! ■

Anmerkung

1 Die Gemeinsame Erklärung mit der Auflistung aller Unterzeichnenden findet sich auf der Webseite der Nationalen Armutskonferenz: https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2021/09/01_Ratschlag-Kinderarmut_Gemeinsame-Erklärung_zur-Bundestagswahl-2021.pdf (Stand 28.09.2021). SharePics zur Kampagne #4JahreGegenKinderarmut werden zur Verfügung gestellt unter <https://www.nationale-armutskonferenz.de> (Stand 23.02.2022).

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Meiner Meinung nach ist das Hauptproblem die Politik. Es wird sich nicht um Kinderarmut gekümmert. Es wird einfach so hingegenommen.“ (Paul, 15 Jahre)

(aus: Nationale Armutskonferenz (Hrsg.): Armut stört. Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz. Berlin 2018, S. 28.)

Auf Initiative der Nationalen Armutskonferenz (nak) trafen sich 2016 zahlreiche bundesweit agierende Organisationen, um gemeinsam Perspektiven der Bekämpfung von Kinderarmut zu diskutieren. Die erste gemeinsame Erklärung wurde im Juni 2017 als Forderungen zur Bundestagswahl von 46 Organisationen und Einzelpersonen unterstützt und unter breiter medialer Beachtung veröffentlicht. In den Folgejahren wurden weitere Erklärungen mit wachsender Unterstützung vorgelegt. Anlässlich der Bundestagswahl 2021 veröffentlichte der Ratschlag Kinderarmut die von 61 Organisationen unterzeichnete und von Einzelpersonen mitgetragene Erklärung „Vier Jahre Zeit, um Kinderarmut endgültig zu beseitigen!“

■ ■ ■ ■ ■ THEMA

Carolin Butterwegge / Christoph Butterwegge

Die zerrissene Jugend

Folgen der Covid-19-Pandemie für (benachteiligte) Minderjährige

Vor dem Hintergrund der Coronakrise analysiert der Artikel die Herausforderungen für (von Armut bedrohte) Heranwachsende, aber auch für die Kinder- und Jugendhilfe. Benachteiligungen junger Menschen im (Aus-)Bildungssystem stellen den Schwerpunkt dar. Dringend empfohlen wird eine Kinder- und Jugendpolitik, die strukturelle Benachteiligungen von Heranwachsenden in Armutslagen als Folgen der gesellschaftlichen Krisensituation nachhaltig entgegenwirkt.

▶ Seit das als SARS-CoV-2 bezeichnete Virus im Januar bzw. Februar 2020 die Bundesrepublik erreichte, hat sich Deutschland tiefgreifender verändert, als das manche Beobachter wahrhaben wollen. Einerseits deckte die Covid-19-Pandemie teilweise seit Langem bestehende Missstände, politische Versäumnisse und soziale Ungleichheiten auf. Andererseits verschärften die Pandemie selbst, die letztlich von den staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen (wiederholter Lockdown, Kontaktverbote und Ausgangsbeschränkungen) mit ausgelöste Rezession und die stark auf Wirtschaftsunternehmen bzw. ihre sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zugeschnittenen Hilfspakete, „Rettungsschirme“ und Finanzhilfen die sozioökonomische Ungleichheit weiter (vgl. Butterwegge 2020 und 2021).

Eine besondere Herausforderung stellte die Pandemie für Kinder und Jugendliche dar (vgl. Butterwegge/Butterwegge 2021,

S. 169 ff.; vgl. Gravelmann 2022). Denn für sie waren zwei Jahre der Besorgnis, der Unsicherheit und der Beschränkungen ihres Handlungsspielraums eine sehr viel längere Zeitspanne als für Erwachsene. Gerade in der Adoleszenz wirken aufgezwungene Vereinzelung, Vereinsamung und soziale Isolation, die für junge Menschen mit dem wiederholten Lockdown verbunden waren, deprimierend und demoralisierend, weil diese Lebensphase für die Persönlichkeitsentwicklung der Betroffenen und die Frage, wie selbstbewusst sie als Erwachsene auftreten können, von entscheidender Bedeutung ist.

Von dem Problemdruck nicht unberührt blieben auch die Soziale Arbeit und ihre Einrichtungen, denn vor allem junge Menschen, die in Armut aufwachsen, wurden noch stärker als sonst benachteiligt und bedurften professioneller Hilfe, ohne sie immer zu erhalten.

Kinder und Jugendliche als Hauptleidtragende der Pandemie

Wegen ihres überwiegend asymptomatischen Krankheitsverlaufs galten Kinder und Jugendliche zu Beginn der Pandemie weder als Risikogruppe noch als Virenüberträger. Erst während der folgenden Infektionswellen wurde deutlich sichtbar, dass Kleinkinder und Schüler(innen) wegen der stärker ansteckenden Mutanten sehr wohl gefährdet waren. Als die Minderjährigen aufgrund des mehrmaligen Lockdowns nicht wie gewohnt zur Schule, in die Kindertagesstätte oder den Hort gehen konnten, aber auch Jugendzentren geschlossen waren, fehlte ihnen das für ihre Persönlichkeitsentwicklung neben der Familie wahrscheinlich Allerwichtigste: der Austausch mit Gleichaltrigen.

Schul- und Kitaschließungen haben sich zwar spürbar auf das Familienklima sowie das Wohlbefinden sämtlicher Kinder und Jugendlichen ausgewirkt, aber in sehr unterschiedlicher Weise (vgl. Holz/Richter-Kornweitz 2020, S. 7). Während besonders Eltern, denen ein geräumiges Kinderzimmer und ein großer Garten zur Verfügung standen, die zusätzlich in und mit der Familie verbrachte Zeit als durchaus positiv bewerteten, schätzten Expert(inn)en die Lage in armutsgefährdeten Familien mit beengten Wohnbedingungen als weitaus problematischer ein. Psychosozial am stärksten belastet waren jene Kinder und Jugendlichen, die ohnehin unter großem Stress standen.



Die nichtakademische, stark von Prekarisierung bedrohte Jugend litt während der Covid-19-Pandemie unter einem signifikanten Rückgang des Lehrstellenangebots in krisengeschüttelten Branchen und Betrieben. Offenbar folgte der „Generation Praktikum“, die zur Jahrtausendwende mit unbezahlten oder minderbezahlten Tätigkeiten abgespeist wurde, statt sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu erhalten, im Zeichen der Coronakrise eine „Generation kein Praktikum“, der 2020/21 weder genug Ausbildungs- noch genug Praktikumsplätze zur Verfügung standen. Obwohl der Bund ein Programm „Ausbildungsplätze sichern“ auflegte, das es der Agentur für Arbeit ermöglichte, kleinen und mittelständischen Unternehmen, die weniger als 250 (später 500) Beschäftigte hatten und trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten verstärkt ausbildeten, eine „Azubi-Prämie“ in Höhe von maximal 3.000 Euro bzw. später sogar 6.000 Euro pro Lehrstelle zu zahlen, fiel es Schulabgänger(inne)n während der Pandemie schwerer als früheren Jahrgängen, einen für sie passenden Ausbildungsplatz zu finden. Wo die Einkommen sowieso niedriger sein werden als bei akademisch Gebildeten und hochqualifizierten Fachkräften, wurde der Start ins Berufsleben dadurch zusätzlich erschwert, verzögert oder verhindert.

Auch die akademische Jugend wurde sozial und ökonomisch stärker gespalten. Da nur zwölf Prozent der 2,8 Millionen Studierenden vor der Pandemie staatliche Unterstützung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) erhielten und mehr als zwei Drittel von ihnen einen Nebenjob hatten, gehörten sie größtenteils zu den Krisenopfern. Studierende, die von ihren Eltern nicht unterstützt werden (können) und/oder mit ihrem Bafög-Satz nicht auskamen, verloren wegen des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020, daraus resultierender Geschäftsaufgaben und Betriebsschließungen häufig ihren Nebenjob (z. B. in der Gastronomie), der ihren Lebensunterhalt bis dahin mit gesichert hatte. Da sie weder Kurzarbeiter- noch Arbeitslosengeld I oder II erhalten konnten, waren akuter Geldmangel und manchmal der Abbruch des Studiums die Folge, es sei denn, dass es ihnen gelang, einen Aushilfsjob im (Lebensmittel-)Einzelhandel oder bei einem Lieferdienst zu bekommen.

Wohnten notleidende Studierende nicht ohnehin dort, kehrten manche von ihnen aus Kostengründen ins Elternhaus zurück. Die beliebte und preiswerte Wohnform der studentischen WG wies eine höhere Ansteckungsgefahr auf, weil man seinen Kommiliton(inn)en und deren Besucher(inne)n in der Gemeinschaftsküche schlecht aus dem Weg gehen kann.

„Generation Corona“ oder Kinder der Ungleichheit?

Schon während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 war von einer „Generation Corona“ die Rede. Dieter Dohmen und Klaus Hurrelmann vertreten die Ansicht, dass dieser Begriff immer dann vorschnell benutzt wurde, wenn man irgendeine ungünstige Entwicklung kritisieren wollte (vgl. Dohmen/Hurrelmann 2021). Die beiden Bildungsforscher fassen das „geflügelte Schlagwort“ sehr viel enger und verwenden den Terminus „Generation Corona“ nur, wenn es um „grundlegendere und nachhaltige strukturelle Einschränkungen bzw. Verschlechterungen der Zukunftschancen einer größeren Gruppe von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ geht, die sich ursächlich auf die Gegebenheiten während der Covid-19-Pandemie zurückführen lassen. Dohmen und Hurrelmann weisen auf die Verstärkung der im Bildungssystem ohnehin existierenden sozialen Segregation hin und leiten daraus eine unterschiedlich starke Belastung von Schüler(inne)n aus mehr und solchen aus weniger begüterten Familien ab: „Egal aus welcher Perspektive man die Auswirkungen der Corona-Pandemie auch betrachtet, die Ergebnisse passen zusammen und verstärken den Befund, dass es vor allem die Kinder und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien sind, die von der Pandemie überproportional beeinträchtigt sind und somit Gefahr laufen, zur Generation Corona zu zählen“ (Dohmen/Hurrelmann 2021, S. 280).

Über zwei Jahre lang hat die Covid-19-Pandemie das Leben der Minderjährigen hierzulande mit wenigen Unterbrechungen beherrscht, und zwar von morgens bis abends ebenso wie nachts, weil viele Kinder und Jugendliche nicht (gut) ein- oder durchschlafen konnten. Zu den Existenzsorgen armutsgefährdeter Familien gesellte sich bei ihnen nun die für sensible Zeitgenoss(inn)en besonders unangenehme Infektionsangst. Vornehmlich für kleine Kinder, die nichts über Virusinfektionen und Infektionskrankheiten wissen konnten, war das neuartige Coronavirus ein ebenso rätselhaftes wie unheimliches Phänomen, welches sie



in Angst und Schrecken versetzte. Außerdem beeinträchtigten Arbeitsplatzverluste, Phasen der Kurzarbeit sowie Quarantäne- und Isolationsmaßnahmen das Familienklima.

Für die Kinder aus sozial benachteiligten oder armutsgefährdeten Familien, denen man ohnehin wenig Aufmerksamkeit schenkt, war die im Lockdown verhängte Kontaktsperre gegenüber Erzieher(inne)n und Lehrer(inne)n, ihren nach oder neben den Eltern wichtigsten erwachsenen Bezugspersonen, ein traumatisches Erlebnis, das in Einzelfällen panikartige Reaktionen auslöste. Oftmals fiel solchen Kindern die Decke auf den Kopf, gab es im häuslichen Bereich doch noch seltener als sonst Anregungen und Abwechslungen. Mancherorts entlud sich die gereizte Stimmung der anderen Familienmitglieder, die zuhause „eingesperrt“ waren, auch in Partnerschaftskonflikten und häuslicher Gewalt.

Kinder- und Jugendhilfe in der Krise

Obwohl sich die Bundesrepublik durch Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet hat, Kinder in allen sie betreffenden Fragen anzuhören, wurden alle gesundheits-, wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, die Parlament und Regierung während der Covid-19-Pandemie ergriffen, über die Köpfe von Kindern und Jugendlichen hinweg beschlossen. Kinderrechte und Kinderschutz wurden in der Pandemie entweder vernachlässigt oder sogar ausgehebelt.

Was in dieser Ausnahmesituation für Erwachsene vielleicht ein akuter Geld- und Zeitmangel war, erlebten Kinder in einer zu kleinen Wohnung hauptsächlich als Bewegungsmangel. Wenn die Familie auf engstem Raum zusammenlebte, stieg während des wiederholten Lockdowns oder einer Quarantäne- bzw. Isolationsmaßnahme das Risiko für Kinder und Jugendliche, Opfer gewaltsamer Übergriffe und sexuellen Missbrauchs zu werden. Da die Betreuungseinrichtungen, Kontaktstellen und Beratungsbüros vielfach geschlossen waren, blieben Vernachlässigung und häusliche Gewalt eher unentdeckt, weshalb von einer höheren Dunkelziffer auszugehen ist.

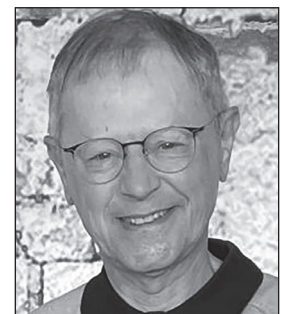
Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, wie etwa Hilfen zur Erziehung in den Familien, wurden vielfach eingestellt oder reduziert. Nur sporadisch oder gar nicht mehr erreichbar waren besonders zu Beginn der Pandemie die Angebote der offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit. Mit den (armen) Kindern und Jugendlichen wurde auch die Kinder- und Jugendhilfe als wichtige Anlaufstation von der Pandemie geschwächt und vieler Handlungsmöglichkeiten im Hinblick auf Beratung, Behandlung und Begleitung ihrer Adressat(inn)en beraubt. „Die Regierung und die

öffentliche Meinung haben die Soziale Arbeit und insbesondere die Jugendhilfe in der Krise genauso marginalisiert wie deren Klientel“ (Seithe 2021, S. 39).

Dass die Kinder- und Jugendhilfe ausgerechnet in einer gesellschaftlichen Krisensituation, die Armutslagen verfestigt, Bildungsbenachteiligung durch Schulschließungen verstärkt sowie Heranwachsende mit ihren Ängsten auf sich selbst und ihre Familien zurückgeworfen hat, nur eingeschränkt handlungsfähig war, dürfte gravierende Folgewirkungen zeitigen. Nicht bloß die Bildungs-, sondern auch die Kinder- und Jugendpolitik ist gefordert, die Krisenfolgen stärker abzufedern und besonders vulnerablen Gruppen wie den Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien (trotz geleerter öffentlicher Kassen und massiver Verteilungskämpfe) mehr unterstützende und ausgleichende Angebote zu machen. ■

Literatur

- Butterwegge, Carolin / Butterwegge, Christoph: Kinder der Ungleichheit. Wie sich die Gesellschaft ihrer Zukunft beraubt. Frankfurt a. M. 2021.
- Butterwegge, Christoph: Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland, 2., aktualisierte Aufl. Weinheim / Basel 2020.
- Butterwegge, Christoph: Ungleichheit in der Klassengesellschaft, 2., aktualisierte Aufl. Köln 2021.
- Dohmen, Dieter / Hurrelmann, Klaus: Wird es eine „Generation Corona“ geben? In: Dies. (Hrsg.): Generation Corona? – Wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden. Weinheim / Basel 2021, S. 276-297.
- Gravelmann, Reinhold: Jugend in der Krise. Corona und die Auswirkungen. Weinheim / Basel 2022.
- Holz, Gerda / Richter-Kornweitz, Antje: Corona-Chronik: Gruppenbild ohne (arme) Kinder. Eine Streitschrift. Frankfurt a. M. / Hannover 2020.
- Seithe, Mechthild: Jugendhilfe und Corona – Schicksalsschlag, Kollateralschäden oder Strategie? In: Lutz, Ronald / Steinhilber, Jan / Kniffki, Johannes (Hrsg.): Corona, Gesellschaft und Soziale Arbeit. Neue Perspektiven und Pfade. Weinheim/Basel 2021, S. 35-48.



Dr. Carolin Butterwegge ist Sozialwissenschaftlerin und Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Humanwissenschaftlichen Fakultät im Departement Erziehungs- und Sozialwissenschaften (Professur für Erziehungswissenschaft) der Universität zu Köln.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge ist Sozialwissenschaftler und hat von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln gelehrt.

■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Du hast auch nie über das Thema geredet. Ich habe niemals meinen Freunden gesagt: ‚Ich komme jetzt nicht mit wegen dem Geld‘. Ich habe immer gesagt: ‚Sorry, wir gehen Bekannte besuchen‘. [...] Weil das so ein unangenehmes Thema war. Es war wirklich nur peinlich.“ (Gardinia, Jugendliche)

(aus: Ose, Sofia: Bilder, die du nicht vergisst. In: Aufstehen. Eine Filmreihe über Jugendarmut. Hrsg. v. Medienprojekt Wuppertal, 2020.)

Andreas Klocke

Die Rolle von sozialem Kapital in der Gesundheitsentwicklung von Kindern

Protektive Ressource unabhängig vom sozioökonomischen Status

Der Beitrag untersucht die Auswirkungen von Sozialkapital auf die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten von Kindern. Es werden Veränderungen im Volumen des Sozialkapitals auf die Ausprägung der Gesundheitsvariablen betrachtet. Die Ergebnisse lassen auf einen kausalen Einfluss des Sozialkapitals auf die Gesundheit und auf das Gesundheitsverhalten der Kinder unabhängig von sozioökonomischen Größen schließen.

► Armut im Kindes- und Jugendalter

Die adäquate Messung von Armut ist in der Wissenschaft, aber auch in Politik und Öffentlichkeit umstritten. Dabei bezieht sich die Kontroverse weniger auf die Orientierung an einem absoluten oder relativen Armutskonzept, da in entwickelten Gesellschaften absolute Armut, verstanden als ein Mangel an Gütern zur physischen Existenzsicherung, als weitgehend bekämpft angesehen wird. Zwar kommt die Gruppe der Obdachlosen häufig den Kriterien der absoluten Armut sehr nahe. Jedoch haben Obdachlose Anspruch auf Leistungen des Sozialstaats zur Existenzsicherung, die sie aber häufig aus verschiedenen Gründen nicht oder nur teilweise in Anspruch nehmen.

Innerhalb des relativen Armutskonzepts, welches Armut als eine relative Schlechterstellung einer Person im Vergleich zum gesellschaftlichen Durchschnitt versteht, gibt es eine Vielzahl an Ansätzen zur Armutsmessung. Dies führt mit Blick auf die aktuelle Armutsdiskussion dazu, dass Armutsschwellen nicht selten idiosynkratisch gewählt werden. So wird bisweilen der Bezug von Arbeitslosengeld II als Kriterium für Armut herangezogen. Dies ist jedoch ein trügerischer Indikator, da die Leistungen a) nicht von allen Berechtigten beantragt werden – sei es aus Unkenntnis oder Scham – oder b) die Haushalte über die Schwelle der Einkommensarmut heben, was z. T. auch das Ziel dieser Sozialleistung ist.

Am häufigsten wird zur Ermittlung der Armutsquote auf den Ressourcenansatz abgestellt, in welchem das Einkommen stellvertretend zur Messung von Armut herangezogen wird. Ihm zufolge gilt eine Person in einer abgrenzbaren Gebietseinheit als arm, sofern sie die festgelegte Schwelle von 60 % des Medians des bedarfsgewichteten Nettoäquivalenzeinkommens der dortigen Bevölkerung unterschreitet. Da auf seiner Grundlage Armutsquoten sowohl auf nationaler (z. B. zwischen Bundesländern) als auch auf internationaler Ebene (z. B. zwischen Nationalstaaten) verglichen und im Zeitverlauf betrachtet werden können, ist der Ressourcenansatz ein wichtiger Bezugspunkt in der politischen Diskussion zum Thema „Armut“.

Wer ist nun arm? Im Jahr 2018 betrug das Medianeinkommen in Deutschland 22.713 Euro (Vorjahreseinkommen). Danach hatte die eine Hälfte der Bevölkerung mindestens 22.713 Euro zur

Verfügung, die andere Hälfte weniger. Der arithmetische Mittelwert lag mit 25.882 Euro etwas höher. Das monatliche Medianeinkommen lag bei 1.892 EURO. Die Armutsschwelle (60 % vom Medianeinkommen) betrug somit 1.135 Euro (Datenreport 2021, S. 223). Mit Bezug auf einen Einpersonenhaushalt kann diese Schwelle unmittelbar als Armutsschwelle verstanden werden.

Folgt man dieser Armutdefinition, so leben aktuell (2018) 14,5 % der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren unter der Armutgefährdungsschwelle (Datenreport 2021, S. 225). Im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt (16 %), ist dies mittlerweile – viele Jahre war es andersherum – ein leicht geringerer Anteil. In absoluten Zahlen bedeutet dies jedoch trotzdem, dass ca. 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland unter Bedingungen von Armut groß werden.

Armut und Gesundheit(sentwicklung) Heranwachsender

Armut macht krank, und dies gilt auch für Kinder und Jugendliche. Daten aus verschiedenen Studien belegen seit vielen Jahren, dass Kinder und Jugendliche aus armen Familien einen schlechteren Gesundheitszustand aufweisen und ein ungünstigeres Gesundheitsverhalten an den Tag legen. Exemplarisch kann dies in Abbildung 1 auf Basis der KiGGS Daten abgelesen werden:

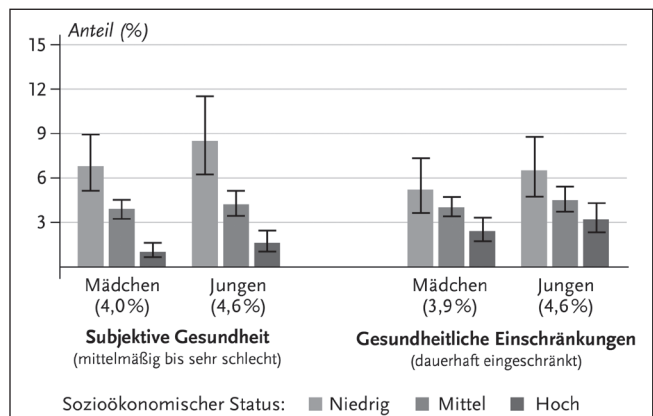


Abb. 1: Allgemeiner Gesundheitszustand von 13- bis 17-Jährigen nach Geschlecht und sozioökonomischem Status (KiGGS Welle2; N = 6.582-6.682).

Jedoch sollte der Zusammenhang zwischen Kinderarmut und Gesundheit nicht zu mechanistisch betrachtet werden. Häufig spielt das soziale Milieu und insbesondere die Bildung der Eltern die entscheidende Rolle im familialen Gesundheitsverhalten. Hier kommt das sogenannte Sozialkapital in den Blick: Ressourcen wie Geborgenheit, Vertrauen und soziale Netzwerke, die letztlich für das emotionale Wohlbefinden und damit für die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen verantwortlich zeichnen.

Soziales Kapital als protektive Ressource

Soziales Kapital bezeichnet protektive Ressourcen, die es Menschen ermöglichen, belastende Lebensumstände möglichst „produktiv“ zu verarbeiten. Soziales Kapital kann daher auch als resiliente Kraft interpretiert werden und wird häufig im Zusammenhang mit Armut im Kindes- und Jugendalter behandelt. Wie Morrow (1999) ausführt, ist die zentrale Idee des Konzepts, dass der Umfang, in dem junge Menschen in ihre Familie eingebettet sind, über soziale Netzwerke verfügen, in der Kommune oder Schule integriert sind und ein Bild der Zugehörigkeit entwickelt haben und generalisiertes Vertrauen aufbauen konnten, ihr Sozialkapital konstituiert. Dieses Volumen an Sozialkapital hat wiederum Auswirkungen auf das Sozial-, Gesundheits- und Risikoverhalten. Das Wesensmerkmal des Sozialkapitals ist der Fokus auf die Beziehungen zwischen Individuen. Durch diese *ties* kann soziales Kapital die Lebenszufriedenheit und das Wohlbefinden verbessern.

Im Folgenden wird versucht, den Einfluss sozialen Kapitals im Entwicklungsprozess junger Menschen genauer zu bestimmen (vgl. Klocke / Stadtmüller 2019). Dazu wird zunächst die Datengrundlage vorgestellt. Danach folgen Analysen zur Wirkung des sozialen Kapitals im Prozess des Aufwachsens.

Datengrundlage

Datengrundlage ist die Panelstudie „Gesundheitsverhalten und Unfallgeschehen im Schulalter“ (GUS).¹ Die GUS-Studie ist eine Längsschnittstudie (Panel) mit insgesamt sechs jährlichen Erhebungswellen, die in 14 Bundesländern zwischen 2014 und 2020 durchgeführt wurde. Die Studie startete mit der ersten Erhebung im Schuljahr 2014/15 mit der Befragung von 10.621 Schüler*innen der 5. Jahrgangsstufe aus ca. 150 weiterführenden Regelschulen. Im Rahmen von GUS wurden die Kinder im Klassenverbund computergestützt befragt. Dabei beantworteten die Kinder die Fragen selbständig auf einem Tablet-PC und wurden von geschulten Interviewenden in die Befragung eingewiesen. Für die folgenden Analysen wurden die ersten drei Messzeitpunkte herangezogen und all jene Kinder berücksichtigt, für die gültige Werte bei allen unabhängigen und abhängigen Variablen vorliegen (ausbalanciertes Panel mit N = 3.732).

Ein Index Soziales Kapital

Wie bereits erwähnt, ist generalisiertes Vertrauen ein Schlüsselaspekt des Sozialkapitals. In der Kindheit und Jugend gewinnt man (hoffentlich) Vertrauen und Unterstützung von den Eltern. Daher ist die Qualität der Eltern-Kind-Beziehung von großer Bedeutung. Die zweite Komponente, die bei der Entwicklung des Kindes eine entscheidende Rolle spielt, ist die Schule, denn hier verbringen junge Menschen die meiste Zeit ihres Lebens und

erfahren wichtige Sozialisierungsimpulse. Daher wird die Qualität der Schule berücksichtigt, indem auf die wahrgenommenen Beziehungen zu anderen Schüler*innen zurückgegriffen wird (gegenseitiges Vertrauen). Eine dritte Komponente des generalisierten Vertrauens ist die Qualität der unmittelbaren Nachbarschaft, da es sich um Sicherheit oder Fremdheit handelt. In Abbildung 2 ist die Konstruktion des Index grafisch dargestellt.

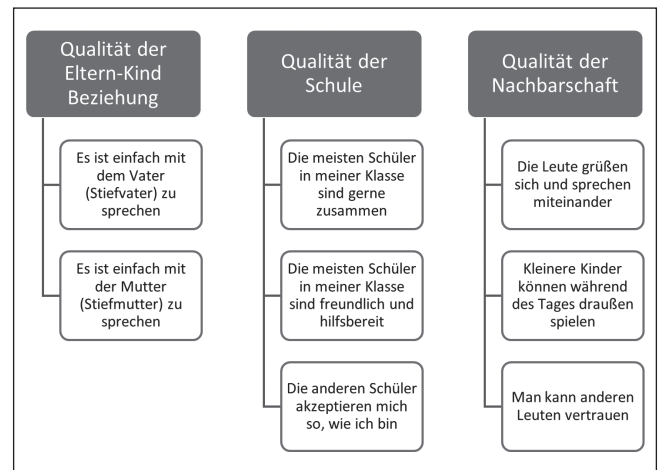


Abb. 2: Der Index Soziales Kapital im Kindes- und Jugendalter.

Auf der Basis der Antworten bzw. Bewertungen zu den in Abbildung 2 aufgeführten Fragen bzw. Aussagen wurde ein Index Soziales Kapital gebildet, der einen Wertebereich von 0 bis 100 aufweist.

Ergebnisse

Um Hinweise mit Blick auf einen kausalen Effekt sozialen Kapitals auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu erhalten, wurde der Effekt einer Veränderung in der Ausstattung mit sozialem Kapital auf sechs Gesundheitsindikatoren geprüft. In Abbildung 3 ist veranschaulicht, wie sich eine Zunahme (um 10 Punkte) und eine Reduzierung (ebenfalls um 10 Punkte) in der Ausstattung mit sozialem Kapital auf die Ausprägung der sechs Gesundheitsindikatoren auswirken.

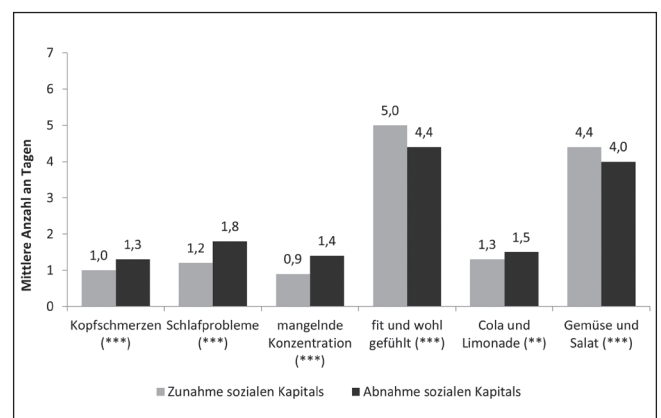


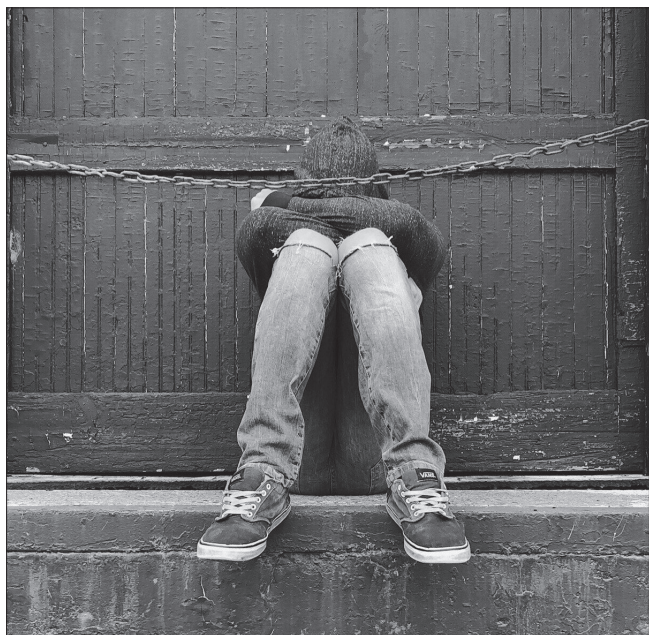
Abb. 3: Der Einfluss einer Zu- bzw. Abnahme in der Ausstattung mit sozialem Kapital auf die sechs Gesundheitsindikatoren.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass eine Zunahme in der Ausstattung mit sozialem Kapital von der ersten zur zweiten Erhebungswelle in der Folge (d. h. in der dritten Erhebungswelle) in einem besseren Gesundheitszustand sowie in einem besseren Gesund-

heitsverhalten mündet – und zwar unabhängig von sozialstrukturellen Merkmalen, vom Wohlstand der Herkunftsfamilie und auch unabhängig von der Grundausrüstung des Kindes mit sozialem Kapital, das in der ersten Erhebungswelle gemessen wurde. So berichten z. B. Schüler*innen, die zwischen den ersten beiden Messungen eine Verringerung ihres sozialen Kapitals um zehn Punkte erfahren haben, in der dritten Erhebung an durchschnittlich 1,8 Tagen von Schlafproblemen. In der Gruppe der Kinder, deren soziales Kapital angestiegen ist, liegt der entsprechende Wert mit 1,2 Tagen signifikant niedriger. Eine „Anhäufung“ sozialen Kapitals im Lebensverlauf hat somit positive, protektive Effekte auf die gesundheitliche Entwicklung im Kindes- und Jugendalter.

Diskussion und Fazit

Die Studie zeigt, dass Sozialkapital eine protektive und fördernde Größe in der gesundheitlichen Entwicklung von Kindern darstellt. Kinder profitieren von einer zunehmenden Ausstattung mit sozialem Kapital und vermögen so, Entwicklungsaufgaben zu meistern und einen produktiven und gesundheitsförderlichen Verhaltensfundus aufzubauen. Die Ergebnisse der Studie signalisieren, dass eine Veränderung des Sozialkapitals im Zeitverlauf eine signifikante Auswirkung auf die Gesundheit und auf das Gesundheitsverhalten eines Individuums hat. Je positiver sich das Sozialkapital entwickelt, desto besser sind der Gesundheitszustand und das allgemeine Wohlbefinden der Kinder. Soziales Kapital ist daher als protektiver Faktor zu betrachten, der Resilienz fördert und unabhängig von soziökonomischen Größen eine positive Wirkung entfaltet. ■



Anmerkung

1 Bei „Gesundheitsverhalten und Unfallgeschehen im Schulalter“ (GUS) handelt es sich um eine der größten Kinder- und Jugendstudien in Deutschland. Im Rahmen von GUS wurden die Gesundheits- und Unfallbiografien von bundesweit 10.000 Schüler*innen nachgezeichnet, um Ursachen für Unfälle und Verletzungen sowie für ungesunde Verhaltensweisen zu ermitteln. Auf diese Weise zielt GUS darauf ab, Impulse für die Gesundheitsförderung Heranwachsender zu liefern. Informationen zur Studie, zu Ergebnissen und Publikationen finden sich unter <https://fzdw.de/projekte/gus/> (Stand 04.01.2022).

Literatur

Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin / Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Bonn 2021.

Klocke, Andreas / Stadtmüller, Sven: Social Capital in the Health Development of Children. In: Child Indicators Research 12/1 (2019), S. 1167-1185.

Kuntz, Benjamin u. a.: Soziale Unterschiede im Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Querschnittergebnisse aus KiGGS Welle 2. In: Journal of Health Monitoring 3 (2018), S. 19-36.

Morrow, Virginia: Conceptualising social capital in relation to the well-being of children and young people: A Critical Review. In: The Sociological Review 47/4 (1999), S. 744-765.



Prof. Dr. Andreas Klocke lehrt Soziologie an der Frankfurt University of Applied Sciences und leitet seit 2007 das interdisziplinäre Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW). Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Forschungen zur sozialen Ungleichheit und zum Gesundheitsverhalten junger Menschen.

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Es ist dieser Teufelskreis. Die Kinder aus armen Familien bekommen schlechtere Bildung, dadurch schlechtere Jobs, das zieht sich ja immer so weiter.“ (Isa, 16 Jahre)

(aus: Nationale Armutskonferenz (Hrsg.): Armut stört. Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz. Berlin 2018, S. 28.)

„Ich glaube, bei den Kleineren ist es so, die wissen gar nicht, wie es uns am Ende des Monats geht [...], die verstehen das noch gar nicht wirklich.“

(Tim, 14 Jahre, Schüler)

(aus: Groß, Michael: Das Brot der frühen Jahre. In: Aufstehen. Eine Filmreihe über Jugendarmut. Hrsg. v. Medienprojekt Wuppertal, 2020.)

„Ich war auch schon an der Kante [...], hatte nur dummes Zeug im Kopf. [...] Wir haben damals zum Beispiel, als Kinder, Süßigkeiten geklaut, die wir uns einfach nicht leisten konnten.

Ja, da denke ich mir im Nachhinein natürlich: Schon krass, wozu einen das bringt.“ (Kai, 23 Jahre, Student)

(aus: Yildiz, Ayla: Chancengleichheit. In: Aufstehen. Eine Filmreihe über Jugendarmut. Hrsg. v. Medienprojekt Wuppertal, 2020.)

Alexander Mavroudis

Wie Kommunen in NRW den möglichen Folgen von Kinder- und Jugendarmut frühzeitig begegnen

Präventionsketten mit Sensibilität für komplexe Lebenslagen fördern Teilhabechancen

Die finanzielle Armut von Familien kann die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in ihrem Lebensalltag gravierend einschränken. Durch den Auf- und Ausbau von Präventionsketten versuchen Kommunen in NRW, den möglichen Folgen dieser Armutslagen frühzeitig zu begegnen und zu gelingendem Aufwachsen beizutragen.¹

► Kinder- und Jugendarmut: Ein unsichtbarer Rucksack, der den Alltag belastet

Untersuchungen zufolge wächst ca. ein Fünftel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland in finanzieller Armut auf. Dabei ist die Armutsverteilung zwischen und in den Kommunen und Regionen sehr unterschiedlich. So kann es in einer Kommune sowohl Stadtteile mit nur wenig Armut geben als auch solche, in denen sich über 60 Prozent der Bevölkerung in schwierigen Lebensverhältnissen befinden. Manchmal finden sich gravierende Unterschiede sogar innerhalb von Sozialräumen.

Der Alltag in Armut ist geprägt von vielfältigen Erfahrungen eingeschränkter oder fehlender Teilhabe an Bildungs-, Gesundheits- oder Freizeitangeboten. Die Mitgliedschaft im Sportverein, der Besuch von Kultureinrichtungen, die Ausrichtung einer Geburtstagsfeier und (Schul-)Ausflüge sind abhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern. Die Beziehungen zu Gleichaltrigen sind eingeschränkt, wenn Geld für gemeinsame Freizeitaktivitäten und den Konsum von Kleidung und Technik fehlt. Kinder und Jugendliche aus armen Familien können mit den besser situierten Peers im Freundeskreis nicht mithalten und treten weniger selbstbewusst auf.

Dass sich die Teilhabechancen dieser Kinder und Jugendlichen in den letzten beiden Jahren der Pandemiebekämpfung nochmals verschlechtert haben, liegt auf der Hand: Geschlossene Kitas und (offene Ganztags-)Schulen, die schlechte technische und räumliche Ausstattung im Homeschooling, der fehlende Kontakt zu Peers in den Quartieren, eine zunehmende psychosoziale Belastung durch die Angst vor Erkrankung oder Arbeitsplatzverlust in der Familie sind nur einige Beispiele dafür.

Eine Armutsspirale mit negativen Folgen für das Erleben von Kindheit und Jugend sowie möglicherweise die gesamte Lebensbiografie droht. Kinder und Jugendliche, die in finanzieller Armut aufwachsen, haben selbst das Gefühl, einen unsichtbaren

„Rucksack“ zu tragen, der ihre Teilhabe im Alltag erschwert und Aneignungsprozesse verhindert. Deshalb gilt es, den Folgen von Armut frühzeitig zu begegnen, um auch diesen Kindern und Jugendlichen ein selbstbestimmtes Leben voller Selbstvertrauen zu ermöglichen.

Nun ist Armut ein komplexes Phänomen. Das betrifft die Ursachen: Finanzielle Armut ist vor allem strukturell verursacht und weniger das Ergebnis persönlichen Scheiterns. Individuelle Faktoren spielen nur im Umgang mit erlebter Armut eine Rolle. Auch die möglichen Folgen von Armutslagen sind komplex: Wer arm ist, ist nicht immer „arm dran“. Aufwachsen in Armut führt nicht automatisch zu einem besonderen (Jugend-)Hilfebedarf. Oft erwächst aus schwierigen Lebenslagen ein großer familiärer und nachbarschaftlicher Zusammenhalt. Und natürlich haben auch Kinder und Jugendliche aus armen Familien Stärken, die es wahrzunehmen und zu fördern gilt. Die notwendige Sensibilität für Armutslagen darf nicht zu Zuschreibungen führen, sondern bietet „nur“ Hinweise auf Unterstützungsbedarfe der jeweiligen Adressatinnen und Adressaten.

Ein wichtiges Korrektiv ist deshalb immer die Sicht der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien, die es ebenso wahrzunehmen gilt wie ihre Lebensexpertise! Exemplarisch kann hier auf die Filmreihe „Aufstehen“ des Medienprojektes Wuppertal verwiesen werden. In von Jugendlichen selbst gedrehten Filmen wird sehr eindrücklich das Erleben von Armut im Lebensalltag geschildert.²

Die Gestaltungsphilosophie kommunaler Armutsprävention

Die Kommunen haben eine zentrale Verantwortung für das gelingende Aufwachsen. Sie sollen dafür Sorge tragen, dass sich die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien, die in der Kommune bzw. Region leben, gut aufgehoben und unterstützt fühlen.

Damit dies gelingt, sind die verantwortlichen Akteurinnen und Akteure aus verschiedenen Handlungsfeldern und Systemen ge-

fordert, kontinuierlich zusammenarbeiten. Das Ziel einer umfassenden Prävention sowie die komplexen Lebens- und Problemlagen der Menschen erfordern eine ganzheitliche Betrachtung und sind nur im vernetzten Miteinander von Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheit, Schule und Sozialem gut zu beantworten.

Diese Leitgedanken liegen dem Auf- und Ausbau von kommunalen Präventionsketten zugrunde. Die Präventionskette bildet den konzeptionellen Rahmen für integrierte kommunale Handlungsstrategien (MFKJKS 2015, S. 13). Sie verknüpft die Angebote und Leistungen unterschiedlicher Handlungs- und Politikfelder entlang der Biografie des Aufwachsens miteinander – beginnend mit den frühen Hilfen bis hin zu Angeboten für einen gelingenden Übergang in Ausbildung/Studium, Beruf und ein selbstbestimmtes Leben. Das folgende Schaubild illustriert diese Gestaltungsvision:

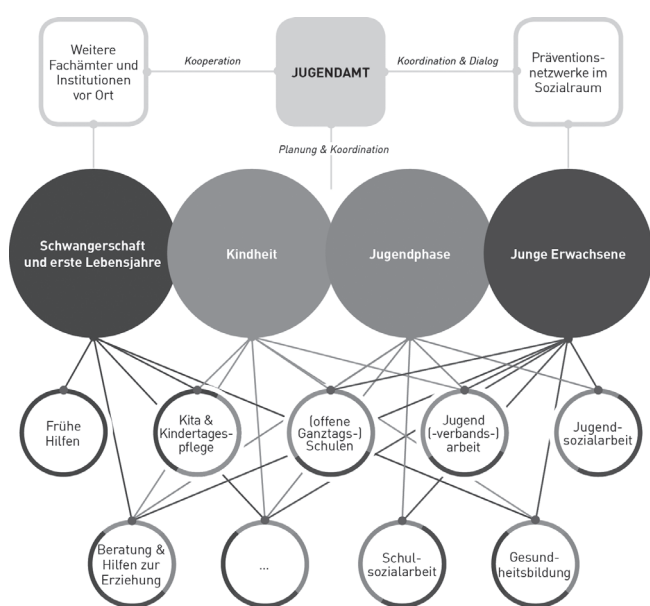


Abb. 1: LVR-Schaubild Präventionskette

Den konzeptionellen Rahmen der Präventionskette bildet ein ganzheitlicher Präventionsbegriff, der sich nicht auf vorhandene oder sich abzeichnende Schädigungen und deren Verhinderung fokussiert, sondern darauf abzielt, die Teilhabechancen junger Menschen zu fördern. Das gilt auch für die Armutsprävention, wie das folgende Schaubild illustriert:

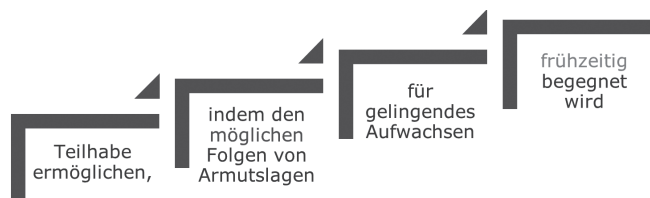


Abb. 2.: LVR-Schaubild Armutsprävention

Zu beachten ist, dass der Erfolg kommunaler Armutsprävention nicht daran gemessen werden kann, ob weniger Kinder in finanzieller Armut aufwachsen. Dies liegt nicht in der Gestaltungsmacht der Kommunen und Träger vor Ort. Sie können aber die möglichen Folgen von finanzieller Armut für gelingendes Aufwachsen frühzeitig erkennen und für die Unterstützungsangebote in den relevanten Handlungs- und Politikfeldern sorgen.

In Nordrhein-Westfalen findet der Auf- und Ausbau von kommunalen Präventionsketten schon seit vielen Jahren statt, angestoßen durch Förderprogramme wie das ehemalige Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen!“, das LVR-Förderprogramm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“³ und die Bundesinitiative Frühe Hilfen. Mit dem neuen Programm „kinderstark – NRW schafft Chancen“⁴ fördert das Land seit 2020 flächendeckend die Strukturentwicklung im Bereich der (Armuts-)Prävention. Aktuell nehmen bereits gut 50 Prozent aller Jugendämter an dem Programm teil.

Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz ist „natürlicher“ Bestandteil von kommunalen Präventionsketten

Die Präventionskette dient als konzeptioneller Rahmen für die vorhandenen Angebote und Einrichtungen in einer Kommune bzw. Region. Hierzu gehören die Leistungen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes. Was das bedeutet, soll im Folgenden kurz skizziert werden.

Auf der **Ebene der kommunalen Ämter** sind vor allem die Jugendpflegerinnen und Jugendpfleger gefordert, mit den Koordinationsfachkräften der Präventionskette – die in der Regel im Jugendamt verortet sind – Kontakt aufzunehmen und zu kooperieren. Die verwaltungsinterne Vernetzung soll sicherstellen, dass der erzieherische Kinder- und Jugendschutz mit seiner Expertise, seinen Bedarfen und seinem Wissen gleichermaßen in die Prozesse zur Weiterentwicklung der Präventionskette eingebunden ist.

Ein zentrales Gestaltungsmerkmal ist die **Vernetzung in den Sozialräumen und Quartieren**. Durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Ämtern, Trägern und Einrichtungen soll das Wissen übereinander verbessert, sollen Angebote besser miteinander abgestimmt und Bedarfe der Adressatinnen und Adressaten gemeinsam ermittelt werden. Für die Träger und Einrichtungsververtretungen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes bedeutet das, sich nach relevanten Präventionsnetzwerken zu erkundigen und dort mitzuwirken. Dabei geht es nicht nur um die Interessenvertretung in eigener Sache, sondern vor allem darum, die im pädagogischen Alltag erfahrenen Bedarfe und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einzubringen.

Auf der **Ebene der Einrichtungen und Angebote** sollte Armutssensibilität in Konzepten und Alltagshandeln der Fachkräfte verankert werden. Konkret geht es darum zu prüfen, welche Gruppen von Adressatinnen und Adressaten erreicht werden, ob die Angebote offen sind für Kinder und Jugendliche aus armutsbelasteten Familien (Stichwort Zugänge) und wie armutssensibel die Fachkräfte im Alltag handeln – oder eben nicht. Hierzu gehört die Reflexion des Sprachgebrauchs (vgl. LVR 2020), wenn über Kinder und Jugendliche aus armen Familien gesprochen wird. Nur ein Beispiel: Arme Familien leben oft in belasteten Stadtteilen und Quartieren – das bedeutet aber nicht, dass sie selbst sozial schwach sind.

Leitgedanke der Präventionskettenarbeit auf allen Gestaltungsebenen ist es, vom Kind bzw. Jugendlichen her zu denken. Wenn das gelingt, werden Kinder und Jugendliche erkennen, dass ihr „unsichtbarer Armutsrucksack“ gesehen wird. Dies sollte auch

das Streben der Fachkräfte und Vertretungen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes sein. Ihr Erfahrungswissen und ihre Expertise werden gebraucht – mischen Sie sich ein! ■

Anmerkung

- 1 Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um eine aktualisierte Fassung eines Artikels, der 2020 im Themendossier „Kommunale Armutsprävention“ der Transferagentur für Großstädte, hrsg. von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, erschienen ist (<https://www.transferagentur-grossstaedte.de/>).
- 2 https://www.medienprojekt-wuppertal.de/site.php?site=v_302 (Stand 3.2.2022).
- 3 Siehe hierzu www.kinderarmut.lvr.de (Stand 3.2.2022).
- 4 Siehe hierzu www.kinderstark.nrw (Stand 3.2.2022).

Literatur

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MFKJS): Positionspapier Integrierte Gesamtkonzepte kommunaler Prävention. Düsseldorf 2015.

Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt (Hrsg.): Glossar zum armutssensiblen Sprachgebrauch – Anregungen für einen achtsamen Umgang mit Begrifflichkeiten. Köln 2020. https://www.lvr.de/media/pressemodul/LVR-Broschuere_Armutssensible_Sprache_Dezember_2020_Versand.pdf (Stand 03.02.2022).



Alexander Mavroudis ist Dipl.-Pädagoge und Leiter der Koordinationsstelle Kinderarmut im LVR-Landesjugendamt Rheinland in Köln.

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Ich hatte kein normales Kinderleben. Ich steckte fest in meiner ziemlich kaputten Familie, und manchmal hatte ich tatsächlich das Gefühl, ich würde nach Armut riechen.“ (Jeremias, 20 Jahre)

(aus: Jeremias Thiel: Kein Pausenbrot, keine Kindheit, keine Chance. Wie sich Armut in Deutschland anfühlt und was sich ändern muss. München 2021, S. 11.)

■ ■ ■ ■ ■ MATERIAL ZUM THEMA



RAG-Stiftung / Stadt Gelsenkirchen

Armutssensibles Handeln in Kindertageseinrichtungen

Zwischenergebnisse und Impulse aus dem Modellprojekt „Zukunft früh sichern!“

Jedes Kind hat ein Grundrecht auf Bildung von den ersten Lebensjahren an. Die Realität zeigt jedoch, dass in

Deutschland so sehr wie in kaum einem anderen Land der Europäischen Union der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft, insbesondere dem Bildungsgrad der Eltern, abhängt. Kindertageseinrichtungen kommt daher als erste Station auf dem Bildungsweg eine besondere Bedeutung zu. Schon dort muss es gelingen, dass insbesondere von Armut betroffene Kinder unterstützt werden und sie ihre Stärken und Talente entfalten können.

Mit dem Projekt „ZUSI – Zukunft früh sichern!“ haben sich die RAG-Stiftung und die Stadt Gelsenkirchen bereits Ende 2018 dafür stark gemacht, Bildungschancen benachteiligter Kinder zu verbessern. Das Projekt nimmt dabei die Armutsprävention und Talentförderung von vier- bis sechsjährigen Kindern in sieben städtischen Kitas im Stadtteil Ückendorf sowie den gelingenden Übergang von der Kita in die Grundschule in den Blick.

Rund zweieinhalb Jahre nach Projektstart wurden wichtige Erkenntnisse zum armutssensiblen Handeln sowie bewährte Praxistipps in einer Handreichung für pädagogische Fachkräfte zusammengefasst. Diese zeigt, wie mit überschaubarem Ressourceneinsatz Bildungschancen verbessert und Entwicklungsdefizite angegangen werden können.

Zudem wird anschaulich und umsetzungsorientiert beschrieben, wie der Prozess zu einer armutssensiblen Begleitung im Alltag gelingen kann. Weitergehende Informationen zur Entwicklung armer Kinder runden die vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) unter Beteiligung von GeKita erstellte Handreichung ab.

Die Handreichung steht zur Verfügung unter https://www.rag-stiftung.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Lehrmaterialien_fuer_Kita_und_Schule/Armutssensibles_Handeln_in_Kitas.pdf.



LVR-Landesjugendamt Rheinland

Glossar zum armutssensiblen Sprachgebrauch

Anregungen für einen achtsamen Umgang mit Begrifflichkeiten

Das Glossar greift ausgewählte Begrifflichkeiten aus den Themenfeldern „Armut und Gesellschaft“ sowie „Bildung und Erziehung“ auf. Es dient der sprachlichen Sensibilisierung und soll dazu einladen, in (Fach-)Artikeln, Förderanträgen oder internen Vorlagen, aber auch im Gespräch mit anderen Fachkräften Begriffe zu nutzen, die möglichst wertfrei sind und nicht unbeabsichtigt stigmatisieren.

Die Handreichung steht zur Verfügung unter https://www.lvr.de/media/wwwlvrde/jugend/jugendmter/koordinationsstellekinderarmut/dokumente_80/LVR-Broschuere_Armutssensible_Sprache_Dezember_2020_Versand.pdf.



Jeremias Thiel

Kein Pausenbrot, keine Kindheit, keine Chance

Wie sich Armut in Deutschland anfühlt und was sich ändern muss

Als Jeremias Thiel elf Jahre alt ist, macht er sich auf den Weg zum Jugendamt. Er hält es zu Hause nicht mehr aus, hat Angst, der Armut und Verwahrlosung, die dort herrschen, niemals entkommen

zu können. Seine Eltern sind psychisch krank und leben von Hartz IV, die häusliche Situation ist mehr als schwierig. Von da an lebt er im SOS-Jugendhaus, bis er als Stipendiat auf ein internationales College geht und im Herbst 2019 sein Studium in den USA beginnt. Er ist sich sicher, dass viele, die in ähnlichen Verhältnissen leben, nicht die Möglichkeit haben, sich daraus zu befreien. In diesem Buch erzählt Jeremias Thiel seine Geschichte und liefert zugleich einen bewegenden und aufrüttelnden Appell für mehr soziale Gerechtigkeit.

224 Seiten, 16,- Euro, ISBN: 978-3492061773, Piper, München 2020.



Silke Hubrig

Kinderarmut in der Kita

Die schnelle Hilfe!

Kinderarmut in der Kita ist ein Thema, das viel Fingerspitzengefühl erfordert. Vielleicht sind Sie sich nicht ganz sicher, ob ein Kind Unterstützung benötigt? Oder Sie wissen von einem Fall in Ihrer Einrichtung, aber haben Berührungängste und Kommunikationsschwierigkeiten.

Dann ist dieses kleine Heft ein idealer Türöffner. Es enthält wichtige Informationen, Tipps und Empfehlungen, wie Sie in Ihrer Rolle als Erzieher/-in mit Kinderarmut in der Kita angemessen umgehen können. Kurz und prägnant finden Sie Antworten zu relevanten Fragen nach armutssensiblen Arbeiten in der Kita, Risiken und Folgen von Armut, Maßnahmen zur Prävention, Resilienzförderung bei betroffenen Kindern sowie professioneller Elternarbeit mit Familien. Damit ist dieses kleine Heft nicht nur ein kompakter Ratgeber, sondern auch ein Mutmacher, sich proaktiv und kompetent mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Die kleinen Hefte, eine Ratgeberreihe für Erzieher/-innen, Mitarbeiter/-innen in der Tagespflege und Eltern, geben prägnant und leicht verständlich pädagogisch fundierte Informationen und verlässliche Handlungsempfehlungen zu Fragen und Problemen bei typischen Entwicklungs- und Erziehungsthemen von Kindern zwischen 0 und 6 Jahren. Jedes Heft nimmt ein Thema lebensnah und lösungsorientiert in den Fokus und hilft mit kleinen Tipps und praktischen Hilfen, die Entwicklung von Kita-Kindern zu verstehen und kompetent in der Erziehungspartnerschaft mit anderen Bezugspersonen zu begleiten.

224 Seiten, 7,99 Euro, ISBN: 978-3834652577, Cornelsen, Berlin 2020.



Carolin Butterwegge / Christoph Butterwegge

Kinder der Ungleichheit

Wie sich die Gesellschaft ihrer Zukunft beraubt

Wie nie zuvor ist die junge Generation sozial tief zerrissen: Hinsichtlich Gesundheit, Bildung, Wohnen, Freizeit und Teilhabe verschärfen sich die Unterschiede.

Während Kinder aus wohlhabenden, reichen und hyperreichen Familien materielle Sicherheit genießen und eine Führungsposition in der globalisierten Wirtschaftswelt erreichen können, bleiben diese Chancen den Gleichaltrigen aus sozial benachteiligten Familien versagt. Die Sozialwissenschaftlerin Carolin Butterwegge und der Ungleichheitsforscher Christoph Butterwegge leisten mit ihrem ersten gemeinsamen Buch einen Beitrag zur Beendigung dieser Entwicklung. Sie zeigen das Spektrum der Kinderungleichheit, ergründen die Ursachen und schlagen Gegenmaßnahmen vor. Denn wenn ein Großteil der „Generation Corona“ abgehängt wird, geht es mit der ganzen Gesellschaft bergab.

303 Seiten, 22,95 Euro, ISBN: 978-3593514833, Campus, Frankfurt a. M. 2021.



SOS-Kinderdorf Campus

Kinderarmut in Deutschland

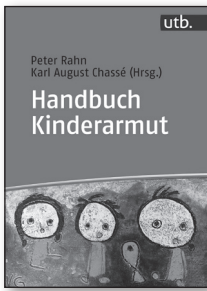
Unterrichtsmaterial zu Ursachen und Lösungswegen

Das Bildungsprogramm von SOS-Kinderdorf Campus gibt Lehrkräften kostenfrei Schulungsmaterial für die Sekundarstufen I und II an die Hand, das

SchülerInnen ein Bewusstsein für die Heterogenität unserer Gesellschaft vermittelt und sie zu mehr Sozialkompetenz und Verantwortung führt. Die neuen Unterrichtsmodule können für ein oder zwei Einheiten à 45 Minuten verwendet werden und eignen sich für die Fächer Deutsch, Politik und Wirtschaft, Sozialkunde, Gemeinschaftskunde, Werte und Normen, Religion, Ethik oder Philosophie. Sie beinhalten verschiedene Materialien, die Lehrkräfte in den Unterricht integrieren können, und sind so konzipiert, dass sie einen lebendigen, reflektierten Austausch anregen.

In „Kinderarmut in Deutschland – Ursachen und Lösungswege“ erfahren SchülerInnen, welche Umstände zu Kinderarmut führen und welche Regionen besonders betroffen sind. Sie erarbeiten anhand von aktuellen Materialien, welche Auswirkungen Armut auf das Leben von Kindern und Jugendlichen hat und welche Hilfen möglich sind. Gerade die Konsequenzen der Coronazeit haben die Bildungsschere weiter auseinandergehen lassen, wodurch das Thema „Kinderarmut“ einen noch höheren Stellenwert bekommt.

Die Materialsammlung steht zur Verfügung unter <https://www.sos-kinderdorf-campus.de/media/2699/download/SOS-Kinderdorf-Unterrichtsmaterial-Kinderarmut.pdf?v=2>.



Peter Rahn / Karl August Chassé (Hrsg.)

Handbuch Kinderarmut

Seit in den 1990er Jahren Kinderarmut erstmals zum öffentlichen Thema wurde, entwickelte sich in Deutschland ein wissenschaftlicher Diskurs, der Gesellschaftsanalysen, Versuche der Theoretisierung, quantitative und qualitative Forschung sowie Präventionsvorschläge

und Vorschläge der Bekämpfung in sich vereint. Anliegen des Handbuches ist es, diesen Diskurs nicht zu glätten, sondern der Darstellung unterschiedlicher Positionen Raum zu geben. Wichtige Anstöße zur Debatte kommen dabei vor allem aus der Sozialen Arbeit, der Soziologie, der Politikwissenschaft, der Erziehungswissenschaft, der Psychologie, der Kindheitsforschung und der Sozialisationsforschung. Für Menschen in sozialen und pädagogischen Berufen ist es wichtig, Zusammenhänge der Kinderarmut zu erkennen, um die Möglichkeiten und Grenzen ihres professionellen Handelns ausloten zu können. Auch das Studium muss dem Anspruch einer armutssensiblen Ausbildung gerecht werden. Das Handbuch möchte Reflexionsprozesse einleiten, um ein breiteres Verständnis für die Lebenslagen der betroffenen Kinder und ihrer Familien zu ermöglichen.

380 Seiten, 39,90 Euro, ISBN: 978-3825253561, UTB, Stuttgart 2020.



Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband

Kein Kind zurücklassen

Warum es wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut braucht

Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme reichen nicht aus, um Kinderarmut effektiv zu verhindern, kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband. Obwohl

die Hartz-IV-Quoten sinken, wachse die Kinderarmut überdurchschnittlich, wie eine aktuelle Studie des Verbandes zeigt. Trotz verschiedener sozialpolitischer Reformen, etwa beim Kinderzuschlag, seien Minderjährige mit einer Armutsquote von 20,5 Prozent im Vergleich zu anderen Altersgruppen überproportional von Armut betroffen. Der Paritätische fordert wirksame Maßnahmen zur Beseitigung von Kinderarmut, darunter u. a. die Einführung einer bedarfsgerechten, einkommensabhängigen Kindergrundsicherung.

In der aktuellen Studie der Paritätischen Forschungsstelle wird die Entwicklung der Kinderarmut in Deutschland über einen Zehn-Jahres-Zeitraum untersucht.

Die Studie, die auch Ländertrends untersucht, belegt dabei eine konträre Entwicklung zwischen Ost- und Westdeutschland, bei starker regionaler Differenzierung. Gewarnt wird in der Studie zudem vor einer aktuellen Verschärfung der Lage, die sich (noch) nicht in den amtlichen Daten abbildet: Die Folgen der Coronapandemie belasteten gerade einkommensarme Familien zusätzlich, wie die Autoren skizzieren.

Die Studie steht zur Verfügung unter https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/expertise-kinderarmut-2021.pdf.



BDKJ-Bundesvorstand

Chancen für alle

Warum wir Jugendarmut bekämpfen müssen

Die Bekämpfung der Armut gehört zur DNA des Christentums. Schon Jesus empfiehlt den Reichen, ihr Vermögen zu verschenken und ihm nachzufolgen.

Der Schatz im Himmelreich werde viel größer sein als der Schatz in der Truhe. Auch heute gilt: Ein volles Bankkonto macht nicht glücklich. Aber was ist, wenn das Konto meistens leer ist? Insbesondere für Kinder und Jugendliche?

Die vom Bundesvorstand des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) herausgegebene Ausgabe 10/2021 des Magazins BDKJ.konkret richtet den Blick auf Jugendarmut und zeigt auch Lösungsansätze auf.

Die Ausgabe steht zur Verfügung unter https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/BDKJ.konkret/BDKJ.konkret_10_Chancen_fuer_alle.pdf.



Medienprojekt Wuppertal (Hrsg.)

Aufstehen

Eine Filmreihe über Jugendarmut

Im Mittelpunkt der Filmreihe stehen die Lebenserfahrungen und Lebensbedingungen von vielfältig von Armut betroffenen jungen Menschen. Sie zeigen und erzählen, wie ihr Alltag mit eingeschränkten Möglichkeiten aussieht, was Armut für sie bedeutet, welche Auswirkungen Armut auf sie hat und welche individuellen und gesellschaftlichen Auswege es gibt.

120 min., DVD 32,- Euro, Stream 9,- Euro, Wuppertal 2020. Weitere Informationen unter <https://www.medienprojekt-wuppertal.de/aufstehen-filmreihe-ueber-jugendarmut>.



Gottfried Schweiger

#Kinderarmut

Ein philosophischer Essay

Was schulden wir armen Kindern hier bei uns? Der Philosoph und Armutsforscher Gottfried Schweiger gibt in seinem Essay eine Antwort auf diese Frage. Das Leben und Aufwachsen in Armut ist ungerecht, weil es ein schlechtes Leben ist,

weil es zu sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung führt und weil Kinder für ihre Lebenschancen nicht verantwortlich sein können. Kinderarmut bedeutet Machtlosigkeit und Demütigung.

Der fünfte Band der Kritischen Reflexionen ist ein starkes Plädoyer dafür, dass nicht nur der Staat, sondern wir alle als Bürger*innen eine politisch-moralische Verantwortung haben, Kinderarmut abzuschaffen und Kindern in Armut zu helfen. Insbesondere sind wir dazu aufgerufen, kollektiv daran mitzuwirken, die sozialen, politischen und ökonomischen Strukturen so zu verändern, dass die Ursachen und Folgen von Kinderarmut effektiv beseitigt werden. Es geht um gerechte Verteilung und Umverteilung.

122 Seiten, 13,- Euro, ISBN: 978-3963172939, Böchner, Marburg 2022.

Die in dieser Rubrik veröffentlichten Meinungen werden nicht unbedingt von der Redaktion und der Herausgeberin geteilt. Die Kommentare sollen zur Diskussion anregen. Über Zuschriften freut sich die Redaktion von **THEMA JUGEND**.



Nicht allein in der digitalen Welt

■ Als im Herbst des vergangenen Jahres Kinder in Tageseinrichtungen und Schulen brutale Szenen aus der Thrillerserie „Squid Game“ des Streaminganbieters Netflix nachspielten, waren Eltern und Lehrkräfte zunächst alarmiert und verunsichert. Fragen des Jugendmedienschutzes wurden in diesem Zusammenhang vermehrt gestellt und – auch von (medien-)pädagogischen Fachkräften – diskutiert.

Durch den Krieg in der Ukraine sind Kinder und Jugendliche aktuell mit Gewalt, Leid und Tod in der realen Welt konfrontiert. Angesichts beängstigender Nachrichten und nicht ohne Weiteres identifizierbarer Desinformation erfährt die Auseinandersetzung mit der Mediennutzung und -kompetenz Heranwachsender eine neue Dringlichkeit.

Wenn Heranwachsende in der analogen Welt, deren mögliche Gefahren und Überforderungen besser sichtbar und greifbar sind, im besten Sinne behütet werden, so ist die altersgerechte Begleitung von Kindern und Jugendlichen in der digitalen Welt mit ihren unüberschaubaren Möglichkeiten ebenso wichtig und notwendig. Eltern und Erziehungsberechtigten als Bezugspersonen junger Menschen kommt hierbei eine große Verantwortung zu: „Durch die Mediennutzung im Familienalltag sind Eltern die primären Ansprechpersonen und Verantwortlichen für die Medienerziehung ihrer Kinder bei deren Zugang zur digitalen Welt“, so der Familienreport 2020 der Bundesregierung. Dabei stehen Eltern, die in der Regel nicht über medienpädagogisches Fachwissen verfügen, unter hohem Druck: Technische Möglichkeiten im Bereich digitaler Medien „explodieren“ geradezu, der Eintritt von Kindern in die digitale Welt liegt deutlich im Vorschulalter. Auf die Unterstützung durch medienpädagogische Expertise an (Grund-)Schulen müssen Erziehungsberechtigte junger Kinder also zunächst verzichten.

Um Souveränität in der Medienerziehung zu erhalten und Herausforderungen unaufgeregter begegnen zu können, brauchen Eltern Informationen, Orientierung und Ansprechpersonen. Noch ist die Vermittlung von Medienkompetenz – für Familien und Heranwachsende – in Bildungseinrichtungen nicht strukturell verankert. Hier wären flächendeckende Angebote für Eltern und Familien, eine enge Zusammenarbeit mit entsprechend ausgebildeten pädagogischen Fachkräften in der Kindertagesbetreuung – und später in der Schule – sowie Anlaufstellen zu Fragen der Medienerziehung wünschenswert und sinnvoll.

Allein Vorbild beim Umgang mit Medien(-inhalten) und bei der Nutzung digitaler Angebote zu sein, genügt für Erziehungsberechtigte nicht. Eine Grundhaltung, die offen, interessiert, von Aufmerksamkeit und Verständnis geprägt ist, begünstigt den

Dialog mit Heranwachsenden über deren digitale Lebenswelten. Unterstützende Medienerziehung durch Eltern- und Sorgeberechtigte bedeutet hier auch eine Wertschätzung von Erfahrungen, die junge Menschen mit und durch Medien sammeln: Die Nutzung von Social Media, Onlinespielen, Streamingdiensten etc. können für Heranwachsende einen Beitrag zur Förderung von Selbstwirksamkeit leisten. Sie sind mittlerweile unabdingbar für den Austausch mit Gleichaltrigen, dienen der Identitätsfindung, der Information und können Freiräume zur Entwicklung der Kreativität Heranwachsender eröffnen.

Damit erwachsene Bezugspersonen aus Sorge angesichts möglicher gefährdender Inhalte nicht generell Verbote erteilen oder Zugänge verwehren – die möglicherweise von Kindern und Jugendlichen unterlaufen werden –, sondern die ihnen anvertrauten jungen Menschen bei deren Medienkonsum angemessen begleiten können, müssen sie selbst befähigt werden, sich mit Themen der Mediennutzung kompetent auseinanderzusetzen. Eingübt werden muss etwa auch von Eltern, wie Heranwachsenden ein „gutes Aufwachsen mit Medien“ ermöglicht werden kann: ein Gleichgewicht von Schutz und Teilhabe, die Berücksichtigung von Alter und Entwicklungsstand, Sensibilität für Inhalte und Themen, die junge Menschen (medial) interessieren und beschäftigen, die Förderung eines informierten und kritischen Umgangs mit Berichterstattung, Social Media etc. Damit setzen Medienpädagogik und Jugendmedienschutz idealerweise nicht zuallererst bei den jungen Adressatinnen und Adressaten an, sondern wenden sich an erwachsene Zielgruppen wie Eltern und Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung, in der Schulsozialarbeit sowie der Kinder- und Jugendhilfe.

Im Bereich der Mediennutzung und der Medienkompetenz(-förderung) kann Kinder- und Jugendschutz – wie in anderen Feldern auch – nur gemeinsam und gemeinschaftlich gelingen. Grundlage sollten auch hier der Austausch zwischen Personen und Institutionen, Begegnungen (auch) in der analogen Lebenswelt sowie von Vertrauen geprägte Beziehungen zwischen Heranwachsenden und Begleitenden sein. ■

Dr. Lea Kohlmeyer ist Germanistin und bei der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. verantwortlich für die Redaktion der Zeitschrift THEMA JUGEND und den Arbeitsbereich Publikationen.



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) u. a.

Diskriminierung als Alltagsphänomen

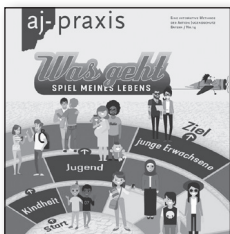
Neue Handreichung für die Schulsozialarbeit

Am Lern- und Lebensort Schule erleben Kinder und Jugendliche Diskriminierung, die sich häufig mit entsprechenden Erfahrungen aus ihren Lebenswelten deckt. Neben Herabwürdigungen, z. B. wegen Behinderung, Hautfarbe, Geschlecht oder Religion, sind junge Menschen auch institutioneller Diskriminierung ausgesetzt. Diese entsteht, wenn Organisationen in ihren Abläufen und Handlungslogiken immer wieder Ungleichbehandlung bestimmter Gruppen reproduzieren.

Die die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Verbände und Arbeitsgemeinschaften der Jugendsozialarbeit – Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V. (BAG EJS), IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Deutschland e. V. und Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e. V. (BAG KJS) – haben dies zum Anlass genommen, eine Publikation mit konkreten Handlungsmöglichkeiten für die Schulsozialarbeit zu erstellen. Schulsozialarbeiter*innen und Fachkräfte der schulbezogenen Jugendsozialarbeit erleben in ihrem beruflichen Alltag mit jungen Menschen in der Schule eine große Bandbreite von Diskriminierungsauslösern, -gründen und -folgen. Die im Dezember 2021 erschienene Publikation stellt eine Handreichung für den Bereich Schule dar.

Zusammen mit fachlicher Expertise aus Antidiskriminierungsarbeit und Wissenschaft wurde die bewusste Beschäftigung mit Diskriminierung als Alltagsphänomen reflektiert, um daraus Handlungsmöglichkeiten für die Praxis abgeleitet. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Kooperationsmöglichkeiten mit der Antidiskriminierungsberatung.

Die Handreichung steht zur Verfügung unter https://www.bagkjs.de/wp-content/uploads/2021/11/Diskriminierung-als-Alltagsphaenomen_Handlungsmoeglichkeiten-fuer-die-Schulsozialarbeit.pdf.



Aktion Jugendschutz Bayern e.V.

Methodenbox „Was geht – Spiel meines Lebens“

Interaktive Förderung der Lebenskompetenz Heranwachsender

Ein interaktives Spiel für Heranwachsende ab 12 Jahren zur Förderung von Lebenskompetenz und Resilienz unter Berücksichtigung jugendrelevanter Themen ist in der Reihe aj-Praxis erschienen.

Ziel des Spiels ist es, auf dem Weg zum Erwachsenwerden möglichst viele Erfahrungen und damit Punkte zu sammeln. Die Spieler:innen durchlaufen dabei die Phasen „Kindheit“, „Jugend“ und „junge Erwachsene“. Sie bekommen auf ihrem Weg viele Fragen und Aufgaben gestellt, mit denen sie

sich spielerisch mit ihrer eigenen Identität, ihrem Wertegerüst und bereits gemachten Erfahrungen auseinandersetzen. So kommen sie niederschwellig miteinander ins Gespräch über Themen, die nicht gerade alltäglich sind, u. a. bezüglich ihres Umgangs mit Medien, Sexualität, Glücksspiel, Konsum und Gewalterfahrungen. Die Selbstreflexion und der wichtige Austausch über ganz essenzielle Lebensfragen werden gefördert.

Das Spiel wurde erstmalig referatsübergreifend in der Aktion Jugendschutz entwickelt und kann sowohl in pädagogischen Settings eingesetzt als auch von Jugendlichen ohne pädagogische Begleitung gespielt werden.

Die Methodenbox enthält auch einen Link zum Herunterladen pädagogischer Hintergrundinformationen.

15,50 Euro, Bestell-Nr.: 50951, aj-Praxis Nr. 14, München 2021. Bestellungen über <https://bayern.jugendschutz.de>.



Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut (SFBB) / Landesverband AndersARTiG / QUEERFORMAT

Queerer Erstberatungskoffer online

Kinder und Jugendliche queersensibel unterstützen

Die digitale Plattform „Queerer Erst-Beratungs-Koffer“ ist ein Unterstützungstool für den Bereich der Hilfen zur Erziehung. Es bietet Fachkräften der öffentlichen und freien Jugendhilfe niedrigschwellig und strukturiert Basisinformationen zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.

Erstmals liegt mit dem digitalen „Queeren Erst-Beratungs-Koffer“ eine virtuelle Anlaufstelle für pädagogische Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe vor, die mit queeren Kindern, Jugendlichen und ihren Angehörigen arbeiten. Die Plattform enthält umfangreiche Informationen, Materialempfehlungen, hilfreiche Tools und weiterführende Handlungsempfehlungen. Mit einem animierten Videoclip auf der Startseite wird veranschaulicht, wie eine queersensible Haltung bei Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe aussehen kann. Über eine Adressverzeichnis sind Unterstützungsangebote von queersensibel arbeitenden Trägern der Kinder- und Jugendhilfe aus Berlin und Brandenburg für Fachkräfte leicht abrufbar.

Der „Queeren Erst-Beratungs-Koffer“ wurde als gemeinsames Kooperationsprojekt vom Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin Brandenburg (SFBB), der Brandenburger Fachstelle für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt des Landesverbands AndersARTiG e. V., queerformat e. V. (Berliner Fachstelle Queere Bildung) und weiteren Kooperationsinstitutionen entwickelt.

<https://www.queerer-beratungskoffer.de/>.



Fortbildungsveranstaltungen
**Seminare im Programm
 Konflikt-KULTUR**
**Onlineformate für pädagogische
 Fachkräfte**

In der Coronakrise ist die Präsenz von Lehrkräften, Sozialarbeiter*innen, pädagogischen Fachkräften und Erzieher*innen für Kinder und Jugendliche besonders wichtig. Gleichzeitig brauchen Fachkräfte die Möglichkeit, neuen Input zu bekommen, sich fachlich auszutauschen und Kraft für den erzieherischen Alltag zu schöpfen. Die Seminare des Präventions- und Fortbildungsprogramms Konflikt-KULTUR bieten jetzt auch online im Liveformat Gelegenheit dazu.

Der technische Zugang zu den Seminaren ist unkompliziert, Kleingruppenarbeit und Livekommunikation sorgen für angenehmes und effektives Lernen, die Veranstaltungsleitung ist permanent anwesend.

Die Onlineseminare werden vom AGJ-Fachverband für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg in Kooperation mit der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. durchgeführt.

Systemisches Konfliktmanagement in der Schule

Unter den Folgen von schulischen Gewaltvorkommnissen leiden Kinder und Jugendliche ebenso wie Eltern, Lehrkräfte und Klassengemeinschaften. Der pädagogische Alltag erfordert deshalb professionelles und systematisches Konfliktmanagement: Es berücksichtigt alle Konfliktbeteiligten und andere relevante Akteure, fördert die Teambildung mit der Schulsozialarbeit und trägt zur Förderung demokratischer Lebensgemeinschaften in Schulklassen bei.

Systemisches Konfliktmanagement ist ein Baustein für ein modernes Classroom- und Schulmanagement. Es leistet einen wichtigen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben aller Beteiligten und unterstützt Sie dabei, die pro-soziale Kompetenz von Kindern und Jugendlichen zu fördern.

Termin: 28.04.2022 von 8.30 bis 16.30 Uhr
 Kosten: 110 Euro

Alles eine Frage der Haltung? Erziehungsstile im pädagogischen Alltag

Professionell Erziehende tragen die Verantwortung für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Damit verknüpft sind viele unterschiedliche Erwartungen: Kolleg*innen, Eltern und andere Erziehungsberechtigte, Vertreter*innen von Behörden und andere beteiligte Personen haben ihre persönliche Vorstellung von der Wahrnehmung dieser Verantwortung – nicht zuletzt die Heranwachsenden selbst. Professioneller Umgang mit dieser komplexen Situation erfordert ein gefestigtes pädagogisches Selbstverständnis. Ziel ist, eine innere Einstellung, die nicht bei jeder Kritik sofort ins Wanken gerät und gleichzeitig die Bereitschaft zu Kompromissen zu behalten. Diese Fortbildung soll diesen Prozess anregen – bei den Teilnehmenden selbst, aber auch als Ausgangspunkt für die Erarbeitung einer gemeinsamen pädagogischen Haltung in Teams.

Termin: 16.06.2022 von 8.30 bis 16.30 Uhr
 Kosten: 110 Euro

Anmeldungen sind bis eine Woche vor der Veranstaltung möglich. Sie werden schriftlich bestätigt und sind damit verbindlich.

Weiter Informationen und Anmeldung unter www.konfliktkultur.de oder per E-Mail an jugendschutz@agj-freiburg.de.



UBSKM
**Digitaler Grundkurs zur
 Prävention**
**Kinder und Jugendliche vor
 sexualisierter Gewalt schützen**

Der digitale Grundkurs „Was ist los mit Jaron?“ vermittelt Lehrer:innen, Schulsozialarbeiter:innen und weiteren schulischen Beschäftigten Basiswissen und Handlungssicherheit, wie Kinder und Jugendliche besser vor sexueller Gewalt geschützt werden können. Der Kurs wurde vom Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Johannes-Wilhelm Rörig (im Amt bis 28.02.2022), in Kooperation mit den Kultusbehörden der Länder entwickelt. Er ist bundesweit in allen Ländern als Fortbildung anerkannt und kann kostenfrei absolviert werden. Entwickelt wurde das Format gemeinsam mit Präventionsexpert:innen.

Den digitalen Grundkurs gibt es für Grundschulen und weiterführende Schulen, denn auch Jugendliche sind von Missbrauch durch Erwachsene betroffen und auf Hilfe angewiesen. Beide Kursmodule berücksichtigen die unterschiedlichen Entwicklungsstadien von Kindern und Jugendlichen.

„Was ist los mit Jaron?“ ist ein Serious Game – ein Format, das es den Teilnehmenden ermöglicht, sich durch virtuelle, schulische Alltagssituationen zu bewegen und im Umgang mit Kindesmissbrauch und Missbrauch von Jugendlichen sicherer zu werden. In circa vier Stunden vermittelt der Onlinekurs anhand praxisnaher Fallbeispiele grundlegendes Wissen zum Thema, z. B. zu Täterstrategien, zur sensiblen Gesprächsführung mit betroffenen Schüler:innen, zu konkreten Unterstützungsangeboten, zur Rolle von schulischen Beschäftigten beim Umgang mit sexueller Gewalt und wann die Kinderschutzakteure außerhalb der Schule einbezogen werden und übernehmen sollten.

Weitere Informationen unter <https://www.was-ist-los-mit-jaron.de/>.



Servicestelle Kinder- und Jugendschutz
**Mit Kindern und Jugendlichen
 über Krieg reden?**

Handreichung für Eltern und pädagogische Fachkräfte

Aktuell sind durch den Krieg in der Ukraine nicht nur Erwachsene verunsichert. Gerade Kinder und Jugendliche werden in Medien, bei Gesprächen mit Freunden oder durch Nachrichten mit dem Thema konfrontiert. Sie sprechen mit Gleichaltrigen in Schule und Freizeit darüber – dabei entstehen Fragen, nicht selten auch Sorgen und Ängste. Hier stellt sich Eltern und Pädagog*innen oft die Frage, wie sie verantwortungsvoll und umsichtig mit Heranwachsenden über Krieg und dessen Folgen reden können.

Die Informationen stehen auch in Russisch, Ukrainisch, Polnisch, Rumänisch und Arabisch auf der Internetseite der Servicestelle zur Verfügung.

Die Handreichung kann kostenfrei heruntergeladen werden unter <https://www.servicestelle-jugendschutz.de/2022/02/mit-kindern-und-jugendlichen-ueber-krieg-reden/>.

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Kinder und Jugendliche jetzt unterstützen

Offener Brief angesichts des Krieges in der Ukraine

Das Recht von Kindern und Jugendlichen auf gewaltfreies Aufwachsen wird in der Ukraine durch den Krieg massiv verletzt. Junge Menschen sind dort unmittelbar von Gewalt bedroht, fürchten um ihr Leben, befinden sich auf der Flucht. In Deutschland sind Heranwachsende, etwa durch die beängstigenden Nachrichten, mittelbar vom Krieg betroffen.

In einem gemeinsamen Offenen Brief weisen Prof.:in Dr. Karin Böllert, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), Prof. Dr. Wolfgang Schröer, Vorsitzender des Bundesjugendkuratoriums (BJK) 2019-2021, und die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik des Deutschen Jugendinstituts (DJI) auf die sich hieraus ergebenden Herausforderungen und dringenden Handlungsbedarfe hin:

Kinder und Jugendliche sind angesichts des Krieges in der Ukraine auf breite Unterstützung angewiesen. Die Kinder- und Jugendpolitik, die vielfältigen Bildungseinrichtungen und die Kinder- und Jugendhilfe sind gefordert, um junge Menschen in der Ukraine unmittelbar mit Hilfsgütern, Schutz- und Bildungsangeboten zu unterstützen und um junge Flüchtlinge in ihren Bedarfen zu begleiten und sichere Aufenthaltsorte für sie zu schaffen.

Einrichtungen in Deutschland, in denen Heranwachsende leben – insbesondere Schulen und Kinder- und Jugendhilfe – sind gefordert, die Berichterstattung und Bilder des Krieges gemeinsam mit jungen Menschen zu verarbeiten und Dialogbereitschaft zu signalisieren.

Angesichts des Krieges in der Ukraine erfahren der Schutz junger Menschen, das Eintreten für ein friedliches Europa und für die Universalität der Menschenrechte eine bislang kaum gekannte Dringlichkeit.

Der vollständige Offene Brief steht zur Verfügung unter https://www.agj.de/fileadmin/files/presse-meldungen/Offener_Brief_Ukraine.pdf



fragFINN.de

Kindersuchmaschine bietet Informationen zum Krieg in der Ukraine

Sicherer Surfraum für 6- bis 12-Jährige

Überall wird darüber geredet: Der russische Präsident Putin hat die Ukraine angegriffen. Vielen Menschen machen die aktuellen Nachrichten Angst. Aber was ist da eigentlich los? FINN hat sich schlau gemacht und gute Nachrichtenseiten herausgesucht, die extra für Kinder gemacht sind. Auf diesen Webseiten wird viel zum Thema erklärt. Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren erfahren hier, wie die aktuelle Situation in der Ukraine ist. Aber auch diese Fragen werden beantwortet: Warum macht Russland das überhaupt? Was haben die NATO und das Völkerrecht damit zu tun? Außerdem bekommt ihr Tipps, was ihr machen könnt,

wenn ihr euch überfordert fühlt und die Nachrichten einem Angst machen. Das ist nämlich ganz normal!

Auf fragFINN.de sind Internetseiten aufgelistet, die Informationen für Kinder zum Krieg in der Ukraine und zu dessen Hintergrund bieten: Kindernachrichten, die über das Thema berichten; den Konflikt zwischen Russland und die Ukraine; kindgerechte Informationen zur NATO und zum Völkerrecht. Auch die Fragen „Die Nachrichten machen mir Angst. Was kann ich tun, damit es mir besser geht?“ und „Was kann man für den Frieden tun?“ werden beantwortet.

fragFINN bietet einen geschützten Surfraum, der für 6- bis 12-Jährige geschaffen wurde. Mit der Suchmaschine auf fragFINN.de und der zugehörigen Browser-App werden nur kindgerechte, von Medienpädagoginnen und -pädagogen redaktionell geprüfte Internetseiten gefunden, Kinderinternetseiten werden dabei in den Suchergebnissen ganz oben platziert.

Die rund 5.000 geprüften Onlineangebote bieten Kindern die Möglichkeit in einem sicheren Raum das Internet zu entdecken, positive erste Onlineerfahrungen zu sammeln und beim Spielen, Lernen, Kommunizieren und Kreativwerden im Netz wichtige Kompetenzen zu erwerben.

Im Erwachsenenbereich von fragFINN.de werden verschiedene Möglichkeiten der technischen Absicherung des sicheren Surfraums vorgestellt. Eltern und pädagogische Fachkräfte finden Informationsmaterial zum Herunterladen sowie Praxistipps zur kindlichen Internetnutzung.

<https://www.fragfinn.de/kindernachrichten/#1646060-726250-ac2ac4ad-cf3e>



Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.

Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Kontext des Krieges in der Ukraine

Hinweise zu sach- und altersgerecht aufgearbeiteten Informationen

Auch Kinder und Jugendliche erreicht über Nachrichten, Soziale Medien und Messengerdienste eine Flut an Informationen zum Krieg in der Ukraine. Es muss insbesondere Fake News, Verschwörung und Hetze im Kontext der kriegerischen Auseinandersetzung gut informiert und engagiert entgegengewirkt werden, um Verunsicherung und Konflikte im Kontext von Schulen, Hort, Freizeit sowie der Kinder- und Jugendarbeit zu begegnen.

Um Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit, Familien und erwachsenen Bezugspersonen Unterstützung zu bieten, werden in dieser Fachinformation des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hinweise zu sach- und altersgerecht aufgearbeiteten Informationen zusammengestellt.

Die Informationen finden sich unter <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/arbeit-mit-kindern-und-jugendlichen-im-kontext-des-krieges-in-der-ukraine/>

Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V.

Stellungnahme zur Diskussion um Cannabisfreigabe

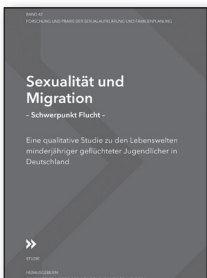
Forderungen aus der Perspektive des Kinder- und Jugendschutzes

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. (BAJ) weist im Rahmen der Diskussion um die Legalisierung des Cannabiskonsums bei Erwachsenen darauf hin, dass auch Kinder und Jugendliche potenzielle Konsumentinnen und Konsumenten sind. Dies muss bei der Diskussion um eine Neuregelung berücksichtigt werden. Für die BAJ stehen deshalb die kurz- und langfristigen Risiken für die Gesundheit von konsumierenden Heranwachsenden im Vordergrund.

Die BAJ hat die von der Bundesregierung anvisierte Neuregelung aus Sicht des gesetzlichen und erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes diskutiert und hieran Forderungen geknüpft. Laut Koalitionsvertrag soll eine „kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften“ eingeführt werden. Dadurch werde, so die Bundesregierung, „die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet“.

In seiner Stellungnahme weist der Vorstand der BAJ auf die Risiken für die Gesundheit von konsumierenden Kindern und Jugendlichen hin, etwa ein erhöhtes Risiko für psychische Störungen oder die Entwicklung einer Abhängigkeitserkrankung. Die BAJ fordert, dass bei einer legalisierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene der effektive Schutz junger Menschen gewährleistet sein muss: Im Jugendschutzgesetz sind Abgabe und Konsum von Cannabis zu regeln, Verstöße gegen das Abgabeverbot an Minderjährige sind zu sanktionieren. Angebote der Aufklärung, Prävention und Beratung müssen langfristig angelegt sein, um einer möglichen Zunahme der Suchtproblematik entgegenzuwirken. Darüber hinaus sind Risiko- und Handlungskompetenz Jugendlicher zu fördern.

Die gesamte Stellungnahme steht zur Verfügung unter https://www.bag-jugendschutz.de/dokumente/BAJ-Positionierung_Cannabis-Freigabe.pdf.



Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Sexualität und Migration – Schwerpunkt Flucht

Eine qualitative Studie zu den Lebenswelten minderjähriger geflüchteter Jugendlicher in Deutschland

Die vorliegende Studie nimmt eine besondere Zielgruppe in den Blick, zu der bisher noch wenig wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse vorhanden sind: Es geht um geflüchtete Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren. Im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) führte das SINUS-Institut eine Studie durch, in der es darum ging,

Jugendliche mit Fluchterfahrung in ausführlichen leitfadengestützten Interviews zu Wort kommen zu lassen. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Gesprächssituation gelegt, indem ein kultursensibler Ansatz die Auswahl der Interviewerinnen und Interviewer wesentlich mitbestimmte.

Die qualitative Untersuchung erfragt Vorstellungen, Einstellungen und Haltungen und gewährt so umfassende Einblicke in die Lebenswelten der Jugendlichen. Wie die Jugendlichen vor allem auch über das Thema „Sexualität und Sexuaufklärung“ denken, was sie wissen und welche Informationsquellen sie nutzen, ist ebenso Teil der Auswertung.

Inhaltlich valide qualitative Aussagen sind die Grundlage für die vorliegende Studie. So ist die erste empirisch belastbare Untersuchung im deutschsprachigen Raum entstanden, die die Vielfalt unterschiedlicher Einstellungen, Haltungen und Perspektiven (Mindsets) unter Geflüchteten in Form einer wertebasierten Typologie abbildet.

Dabei wird eines deutlich: Die jungen Geflüchteten sind keine homogene Gruppe. Auch innerhalb der verschiedenen ethnischen Gruppen unterscheiden sich die Jugendlichen bisweilen deutlich in ihren Werthaltungen und Lebensentwürfen.

Die Studie steht zum Herunterladen kostenfrei bereit unter <https://www.bzga.de/infomaterialien/fachpublikationen/forschung-und-praxis-der-sexualaufklaerung-und-familienplanung/3522/>.



Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs

Forschungsprojekt „Sexueller Kindesmissbrauch durch Frauen“

Zusammenfassung der Ergebnisse

Frauen, die Kindern sexualisierte Gewalt zufügen, stellen in der Gesellschaft fest verankerte Geschlechterbilder infrage und werden immer noch tabuisiert. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu diesem Thema sind lückenhaft; es gibt kaum zuverlässiges Wissen über noch nicht straffällig gewordene Frauen mit pädophilen Interessen oder anderen Motiven, sexualisierte Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen zu begehen.

Das Forschungsprojekt „Sexueller Kindesmissbrauch durch Frauen“, das über eine Zuwendung der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs finanziert wurde, hatte zum Ziel, diese Wissenslücken zu schließen. Dafür wurden im Rahmen einer anonymen Onlinestudie Personen befragt, die sexualisierte Gewalt durch eine Frau erlebt haben. Die Berichte über die erlebte Gewalt aus Sicht der Betroffenen wurden durch eine anonyme Onlinebefragung von Frauen ergänzt, die angaben, ein sexuelles Interesse an Kindern zu haben.

Die Laufzeit des Forschungsprojekts ging vom 1. Januar 2020 bis zum 30. Juni 2021. Es wurde am Institut für Sexualforschung, Sexualmedizin und Forensische Psychiatrie am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf durchgeführt.

In der nun vorliegenden 25-seitigen Publikation werden die Projektergebnisse zusammengefasst. Für eine detaillierte Beschrei-

bung der Untersuchungen wird auf die geplanten wissenschaftlichen Publikationen verwiesen.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse des Forschungsprojekts auf, dass sexualisierte Gewalt durch weibliche Personen stattfindet und dass es Frauen mit einem sexuellen Interesse an Kindern gibt. Auf verschiedenen Ebenen stellen die Ergebnisse die ausschlaggebende Wirkung der gesellschaftlichen Tabuisierung heraus. Wie auch die Betroffenen selbst forderten, gilt es, das Tabuthema durch gezielte wissenschaftliche Information von Gesellschaft und psychosozialen Fachpersonen aufzulösen, um angemessene Hilfe leisten zu können. Für die Zukunft ist eine intensivere Forschungsarbeit und eine bedürfnisgerechte Unterstützung und Behandlung von betroffenen Personen zu empfehlen.

Die Zusammenfassung der Studienergebnisse steht zum Herunterladen zur Verfügung unter https://www.aufarbeitungskommission.de/wp-content/uploads/Sexueller-Kindesmishbrauch-durch-Frauen_Zusammenfassung_bf.pdf.



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Väterreport

Update 2021

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat den „Väterreport. Update 2021“ veröffentlicht. Der Report beschreibt auf der Basis amtlicher Statistiken, wissenschaftlicher Studien und repräsentativer Befragungen die Lebenslagen von Vätern in Deutschland. Neben ihren Werten und Einstellungen nimmt der Report das Familienleben der Väter und ihre berufliche Situation in den Blick. Auch die Situation von Vätern, die in Trennung leben, wird dargestellt.

Immer mehr Väter wollen heute die Familienaufgaben und die Verantwortung für das Familieneinkommen partnerschaftlich teilen. Väter wollen mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen und gemeinsam mit der Mutter für die Kinder verantwortlich sein. Auch nach einer Trennung wollen sich viele Väter aktiv an Kinderziehung und -betreuung beteiligen.

Elterngeld und Elternzeit unterstützen Väter dabei, zumindest zeitweise im Beruf kürzer zu treten und sich stärker familiär zu engagieren. Mittlerweile nehmen über 42 % der Väter Elternzeit, beziehen dabei Elterngeld und nehmen sich damit Zeit für ihre Kinder. Aber weder die sich wandelnden Einstellungen noch die stärkere Teilhabe am Familienleben durch das Elterngeld haben nachhaltig die Erwerbstätigkeit von Vätern verändert.

Der Väterreport thematisiert auch die Auswirkungen der Coronapandemie: Während viele Väter in Kurzarbeit oder im Homeoffice tätig waren, engagierten sie sich stärker in der Familienarbeit. Die tägliche Kinderbetreuungszeit von Vätern aus Paarfamilien stieg auf durchschnittlich 5,3 statt 2,8 Stunden täglich. Mütter übernahmen dennoch weiter den größeren Teil der Familienarbeit. Der Väterreport wertet diese Pandemieerfahrungen als Chance, die Familienarbeit nachhaltiger partnerschaftlich aufzuteilen.

Der Väterreport thematisiert auch die Auswirkungen der Coronapandemie: Während viele Väter in Kurzarbeit oder im Homeoffice tätig waren, engagierten sie sich stärker in der Familienarbeit. Die tägliche Kinderbetreuungszeit von Vätern aus Paarfamilien stieg auf durchschnittlich 5,3 statt 2,8 Stunden täglich. Mütter übernahmen dennoch weiter den größeren Teil der Familienarbeit. Der Väterreport wertet diese Pandemieerfahrungen als Chance, die Familienarbeit nachhaltiger partnerschaftlich aufzuteilen.

Der Väterreport steht zur Verfügung unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/vaeterreport-update-2021-186180>.



Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen*arbeit in NRW e.V.

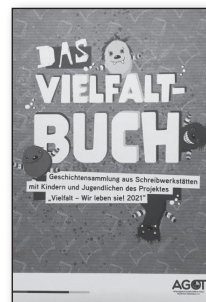
Rassismuskritische Mädchen*arbeit

Reflexionshandbuch und Arbeitstool

Die von der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen*arbeit in NRW e.V. (LAG Mädchen*arbeit in NRW) herausgegebene Broschüre dient als Reflexionsinstrument für die Auseinandersetzung mit rassismuskritischen Perspektiven in der Mädchen*arbeit. Sie soll Anstöße für eine rassismuskritische Praxis im Kontext einer geschlechterreflektierenden Kinder- und Jugendarbeit geben.

Im Rahmen des Projekts „Mädchen* und junge Frauen* nach Flucht in der Migrationsgesellschaft“, welches an die LAG Mädchen*arbeit in NRW angegliedert ist, erfolgte seit Beginn des Projekts 2017 eine Auseinandersetzung mit den Bedarfen und Lebenswirklichkeiten von Mädchen* nach Flucht. Dabei wurden u. a. im Rahmen von Vernetzungstreffen und Werkstatttreffen Gespräche mit Fachkräften in Bezug auf rassismuskritische Praktiken geführt. Aus der intensiven Arbeit ist dieses Reflexionshandbuch und Arbeitstool entstanden, das für die Weiterentwicklung einer rassismuskritischen und geschlechterreflektierenden Mädchen*arbeit steht.

Die Publikation steht zum Herunterladen kostenfrei zur Verfügung unter <https://maedchenarbeit-nrw.de/wp-content/uploads/2021/11/Web-Reflexionshandbuch-lagm-a-fin-68-Seiter-20-9-21Text.pdf>.



Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen e.V. (AGOT)

Das Vielfalt-Buch

Geschichtensammlung aus Schreibwerkstätten mit Kindern und Jugendlichen des Projekts "Vielfalt – Wir leben sie! 2021"

Im Projektjahr „Vielfalt – Wir leben sie! 2021“ entstand die Idee eines gemeinsamen Buches von Kindern und Jugendlichen aus den Vielfalt-Projekten.

„Diese Geschichtensammlung zeigt einmal mehr, was Vielfalt wirklich bedeutet: im Wortsinn und darüber hinaus“, heißt es im Buch. „Geschichtenschreiben ist mehr, als Schreib- und Lesekompetenz zu fördern. Geschichten sind eine Gedankenreise. Sie entführen in fantastische Welten, erlauben über Grenzen hinweg zu denken, können Emotionen entfachen, unterhalten und nachdenklich stimmen.“

In 2015/16 sind viele geflüchtete Menschen in Nordrhein-Westfalen angekommen, um hier Schutz und neue Lebensperspektiven zu finden. Darunter auch viele unbegleitete minderjährige junge Menschen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit hat sich in diesem Zeitraum als verlässlicher Partner und vielerorts zu einer wichtigen Institution für geflüchtete junge Menschen entwickelt.

Die Mitarbeiter*innen in der Offenen Arbeit helfen, sich im Sozialraum zu orientieren und schaffen Raum für grundlegende Par-

tizipationsmöglichkeiten. Der erhöhte Zulauf von jungen Menschen mit Fluchterfahrung stellte die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe vor große Herausforderungen. Aus diesen Gründen haben die Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen e.V. und ihre vier Mitgliedsverbände bereits Anfang 2015 die Thematik zu ihrem Schwerpunkt gemacht.

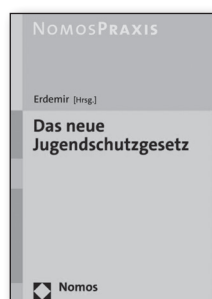
Mit Unterstützung des Landes entstand 2016 das erste Projekt mit dem damals noch etwas sperrigen Titel „Unterstützung und Weiterentwicklung von Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen für Neuzuwander*innen und Geflüchtete – Feuerwehrtopf“.

Aus dem damals so dringend benötigten „Feuerwehrtopf“ ist „Vielfalt – Wir leben sie!“ geworden. Eine Erfolgsgeschichte, die sich anschickt auch im 6. Projektjahr verlässliche Angebote für junge geflüchtete Menschen in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit anzubieten.

Das diesjährige Projektjahr „Vielfalt – Wir leben sie! 2022“ steht ganz unter dem Motto weiterhin „Miteinander vielfältig Sein“. Dabei liegt der Fokus auf der Übermittlung der Vielfalt-Inhalte in die Praxis zur Weiterentwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Anders als in den vergangenen Jahren gibt es in 2022 keine Profil- und Basisprojekte mehr. Die Vielfalt-Projekte haben aber die Möglichkeit, sogenannte AddOn-Projekte durchzuführen. Im Mittelpunkt dieser Idee steht die Entwicklung von kreativen Formaten/Angeboten/Produkten, eben AddOns, mit einem besonderen Mehrwert für die Offene Kinder- und Jugendarbeit.

Das Vielfalt-Buch ist 2021 erschienen. Nachdem alle Autor*innen und Unterstützer*innen ihr Exemplar in den Händen halten, sind noch Exemplare übrig. Wer also einmal in die vielfältige Welt junger Autor*innen aus den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eintauchen will, melde sich in der Geschäftsstelle der AGOT-NRW.

Das Buch ist erhältlich über <https://agot-nrw.de/2022/01/28/das-grosse-vielfalt-buch-ist-erschienen/unter> Tel. 0211 966 61-132 oder per E-Mail an info@agot-nrw.de.



Murad Erdemir (Hrsg.)

Das neue Jugendschutzgesetz

Das hochumstrittene Zweite Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) ist Realität. Die Reform versetzt den gesetzlichen Kinder- und Jugendschutz ins digitale Zeitalter.

Der Einführungsband stellt die maßgeblichen Neuregelungen des JuSchG übersichtlich dar. Das Werk zeigt alle wichtigen juristischen Streitpunkte auf und bietet konkrete Lösungsmöglichkeiten für den Umgang mit dem neuen Recht an.

355 Seiten, 48,- Euro, ISBN: 978-3848771912, Nomos, Baden-Baden 2021.



IN EIGENER SACHE

NEUES AUS DER GESCHÄFTSSTELLE UND DEM VORSTAND



Kampagne

#OutInChurch – Für eine Kirche ohne Angst

Kath. LAG solidarisiert sich mit Forderungen

Im Januar haben über 100 haupt- und ehrenamtliche, potenzielle und

ehemalige Mitarbeiter*innen der römisch-katholischen Kirche mit der Kampagne „#OutInChurch“ öffentlich bekannt gemacht, dass sie sich unter anderem als lesbisch, schwul, bi, trans*, inter, queer und non-binär identifizieren. Engagiert sind die Mitarbeiter*innen in der schulischen und universitären Bildung, in der Katechese und Erziehung, in der Pflege und Behandlung, in der Verwaltung und Organisation, in der sozialen und caritativen Arbeit, als Kirchenmusiker*innen, in der Kirchenleitung und in der Seelsorge.

Die vielfältige Gruppe eint, dass alle Mitglieder schon immer Teil der Kirche waren und diese gestalten und mitprägen. Die meisten haben mannigfach Erfahrungen mit Diskriminierung und Ausgrenzung gemacht – auch in der Kirche.

Mit einem Manifest fordert die Kampagne „#OutInChurch“ eine Korrektur menschenfeindlicher lehramtlicher Aussagen – auch in Anbetracht weltweiter kirchlicher Verantwortung für die Menschenrechte von LGBTIQ+ Personen sowie eine Änderung des diskriminierenden kirchlichen Arbeitsrechts einschließlich aller herabwürdigenden und ausgrenzenden Formulierungen in der Grundordnung des kirchlichen Dienstes. Denn bisher können viele queere Menschen in ihrem kirchlichen Beruf oder Umfeld mit ihrer geschlechtlichen Identität und/oder mit ihrer sexuellen Orientierung nicht offen umgehen. Es drohen arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Zerstörung der beruflichen Existenz.

Weiter wird gefordert, dass die Kirche in ihren Riten und Feiern zum Ausdruck bringen, dass LGBTIQ+ Personen, ob alleine oder in Beziehung lebend, von Gott gesegnet sind und dass ihre Liebe vielfältige Früchte trägt. Entsprechend der Überzeugung, dass nur ein Handeln in Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit der frohen und befreienden christlichen Botschaft gerecht wird, engagieren sich die Mitwirkenden bei „#OutInChurch“ in Solidarität mit allen Menschen, die der Stereotypisierung und Marginalisierung durch Sexismus, Ableismus, Antisemitismus, Rassismus und jeglicher anderen Formen von Diskriminierung ausgesetzt sind.

Über die Plattform change.org können Institutionen, Initiativen und Einzelpersonen ihre Unterstützung der Forderungen von „#OutInChurch“ durch das Unterschreiben einer Petition anzeigen.

Auch die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. hat ihre Solidarität mit den Mitwirkenden der Kampagne erklärt und unterstützt das Manifest. Die Forde-

rungen von „#OutInChurch“ entsprechen dem Verständnis der Kath. LAG, nach welchem junge Menschen unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität und Orientierung ihre Potenziale entfalten können sollen. Als Institution des Kinder- und Jugendschutzes weisen wir auf Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen sowie auf ungleiche Lebenschancen hin und setzen uns anwaltlich für die Rechte von Heranwachsenden im kirchlichen und öffentlichen Raum und für eine umfassende Teilhabe von allen jungen Menschen in Kirche, Staat und Gesellschaft ein.

Weitere Informationen und Möglichkeiten zur Unterstützung der Kampagne unter <https://outinchurch.de/unterstuetzen/>.

Veranstaltung

„Gewalt vorbeugen – Kinder und Jugendliche schützen!“

Basistag vermittelt Wissen zu Gewaltprävention

Unter dem Titel „Gewalt vorbeugen – Kinder und Jugendliche schützen! Viktimisierung, Aggression und dissoziales Verhalten im Blickpunkt der Gewaltprävention“ wird am 14. Juni 2022 der Basistag als Kooperationsveranstaltung der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V., der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW (AJS) und der Evangelischen Landesstelle Kinder- und Jugendschutz NRW stattfinden.

Die mit dem Fachtag angesprochene Zielgruppe, Neueinsteigende im Bereich Kinder- und Jugendschutz, soll mit dem Programm der Veranstaltung ebenso erreicht werden wie Fachkräfte, die bereits über Erfahrung im Kinder- und Jugendschutz verfügen und sich (Basis-)Wissen zu einem (neuen) Themenschwerpunkt aneignen möchten. Vor allem sollen Teilnehmende Handlungswissen für die eigene berufliche Praxis – etwa in der Kindertagesbetreuung, Jugendhilfe, Schule – aus der Veranstaltung mitnehmen.

Das bewährte Konzept mit Vorträgen zur Einführung ins Thema und Workshops zur Vertiefung wird von 9.30 bis 16.00 Uhr in der Jugendherberge Köln-Riehl angeboten.

Weitere Informationen und Hinweise zu Programm und Anmeldung finden sich demnächst unter www.thema-jugend.de.

THEMA JUGEND

Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung
erscheint vierteljährlich

Herausgeberin:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.
V.i.S.d.P.: Dr. Lea Kohlmeyer
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Telefon 0251 54027
Telefax 0251 518609
E-Mail: info@thema-jugend.de
www.thema-jugend.de

Redaktion:

Dr. Lea Kohlmeyer

Bildrechte:

Titel: Pixabay; S. 2, 20: Lea Kohlmeyer; S. 3, 4, 5, 6, 10, 11, 14: Pixabay; S. 6: Margherita Zander; S. 7, 8: Deutsches Kinderhilfswerk e.V.; S. 11: Jeannie Lukaszewicz; S. 12: Kuntz u. a. 2018; S. 13: Klocke/Stadtmüller 2019; S.14: Kevin Rupp; S.16: LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut 2019; S. 17: LVR; S. 24: OutInChurch

Redaktionsbeirat:

Dr. med. Michael Achenbach, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin in Plettenberg, Sprecher des Ausschusses Jugendmedizin im Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e.V. (BVKJ)
Prof:in Dr. Sabine Ader, Kath. Hochschule NRW, Abteilung Münster, Fachbereich Soziale Arbeit
Gesa Bertels, Soziologin, Dipl.-Soziopädagogin, LWL-Landesjugendamt Westfalen
Prof:in Dr. Marianne Genenger-Stricker, Kath. Hochschule NRW, Abteilung Aachen, Fachbereich Sozialwesen

Herstellung:

Druckerei Joh. Burlage GmbH & Co KG
Meesenstiege 151, 48165 Münster
Telefon 0251 986218-0

Bezugspreis:

Einzelpreis 2 Euro
Der Bezugspreis für Mitglieder und Mitgliedsverbände der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Zitierhinweis:

Nachname, Vorname: Titel des Beitrags. In: THEMA JUGEND. Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung. Ausgabe 1/2022, Seitenangabe.

ISSN 0935-8935



THEMA JUGEND wird auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

NÄCHSTES GEPLANTES THEMA:

2/2022 Sexuelle Bildung

■ ■ ■ ■ ■ NACHRICHTEN

Neuer Beauftragter für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

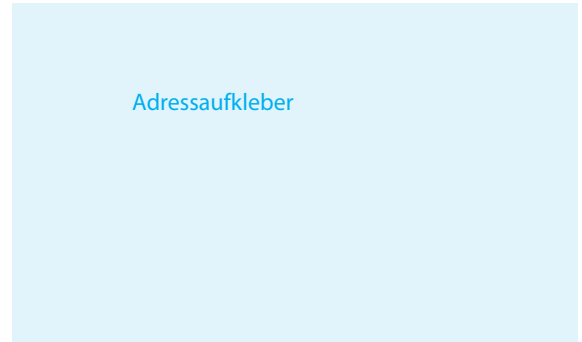
Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Sven Lehmann (Bündnis 90/ Die Grünen), ist Neuer Beauftragter der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (Queer-Beauftragter). Das wurde im Januar vom Bundeskabinett beschlossen. Zu seiner Ernennung erklärte Lehmann: „Das neu geschaffene Amt des Queer-Beauftragten zeigt, wie wichtig der Bundesregierung die Akzeptanz von Vielfalt ist. Jeder Mensch soll frei, sicher und gleichberechtigt leben können. Die neue Bundesregierung wird ausgehend vom Leitgedanken der Selbstbestimmung eine progressive Queerpolitik betreiben und auch die Familienpolitik an der gesellschaftlichen Realität unterschiedlicher Familienformen ausrichten. Der Schutz von Menschen aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität muss im Grundgesetz sichergestellt und die Grundrechte von trans-, inter- und nicht binären Menschen müssen endlich vollständig durchgesetzt werden.“ Der Beauftragte soll mit den beteiligten Bundesministerien bei Vorhaben der Queerpolitik zusammenwirken. Er koordiniert insbesondere die Erstellung und Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und die damit verbundene Information der Öffentlichkeit.

– BMFSFJ –

Weltspieltag am 28. Mai

Am 28. Mai findet der Weltspieltag 2022 unter dem Motto „Wir brauchen Spiel und Bewegung – draußen und gemeinsam“ statt. Damit will das Deutsche Kinderhilfswerk mit seinen Partnern*innen im Bündnis Recht auf Spiel und dem diesjährigen Kooperationspartner Kinderfreundliche Kommunen e.V. darauf aufmerksam machen, dass Bewegungs- und Spielgelegenheiten im Freien eine zentrale Rolle bei einer ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung und dem gesunden Aufwachsen von Kindern spielen. Insbesondere angesichts der Einschränkungen für Kinder durch die Coronapandemie ist es wichtig, die Aufmerksamkeit für Spiel- und Bewegungsförderung zu erhöhen und die Bedingungen für das Draußenspiel von Kindern zu verbessern. Gleichzeitig ist das Motto ein Aufruf an Eltern, ihren Kindern dafür den nötigen Freiraum zu geben und sie zum bewegten Draußenspiel zu ermuntern. Kommunen, Vereine, Initiativen und Bildungseinrichtungen sind aufgerufen, für eine grundsätzliche Verbesserung der Rahmenbedingungen zu sorgen.

– Deutsches Kinderhilfswerk –



Alkoholmissbrauch Jugendlicher zurückgegangen

In der Coronapandemie wurden deutlich weniger Schulkinder wegen Alkoholmissbrauchs behandelt, wie der *Kinder- und Jugendreport 2021* der Krankenkasse DAK-Gesundheit deutlich macht. Im Jahr 2020 lagen die Behandlungen von Kindern und Jugendlichen mit Folgen von exzessivem Alkoholkonsum rund 30 Prozent niedriger als im Vorjahr. Auch bei Tabak, Cannabis und weiteren Drogen zeigt sich ein Rückgang. Für den Report wurden anonymisierte Abrechnungsdaten von rund 800.000 Kindern und Jugendlichen im Alter bis 17 Jahren untersucht, die bei der DAK-Gesundheit versichert sind. Analysiert wurden die Jahre 2018 bis 2020. Die Daten belegen einen Anstieg von Depressionserkrankungen bei älteren Jugendlichen sowie eine Zunahme von Adipositas vor allem bei unter 10-Jährigen. Sorge bereitet Expertinnen und Experten der Rückgang von HPV-Impfungen zur Gebärmutterhalskrebsvorsorge.

Die aktuellen Analysen und Einschätzungen bestärken die DAK-Gesundheit in ihrer Forderung nach einer Enquetekommission zur Kinder- und Jugendgesundheit im Deutschen Bundestag. „Unser aktueller Report offenbart einen dringenden Handlungsbedarf in vielen Facetten der Kinder- und Jugendgesundheit“, so Kassenchef Andreas Storm. „Die neue Bundesregierung muss dem Thema Kinder- und Jugendgesundheit ein deutlich stärkeres Gewicht geben. [...] Vielen Kindern und Jugendlichen in diesem Land geht es nicht gut. Wir müssen etwas tun.“

– DAK-Gesundheit –

Die nächste Ausgabe von
THEMA JUGEND
erscheint im Juni 2022
zu „Sexuelle Bildung“